



## **1. Lehrstellenbericht 2006**

### **Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Bern**

Mittelschul- und Berufsbildungsamt MBA  
beco Berner Wirtschaft

Bern, 23. November 2006

## **Impressum**

Der erste Lehrstellenbericht des Kantons Bern wurde im Auftrag des Erziehungsdirektors und des Volkswirtschaftsdirektors erstellt.

Der Bericht ist als Download erhältlich ([www.erz.be.ch/lehrstellenbericht](http://www.erz.be.ch/lehrstellenbericht)) oder kann gratis unter folgenden Adressen bestellt werden:

### **Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern**

Kasernenstrasse 27

Postfach

3000 Bern 22

Telefon: 031 633 87 12

E-Mail: [mba@erz.be.ch](mailto:mba@erz.be.ch)

### **beco Berner Wirtschaft**

Münsterplatz 3a

3011 Bern

Telefon: 031 633 40 80

E-Mail: [info.beco@vol.be.ch](mailto:info.beco@vol.be.ch)

Rückmeldungen zum Lehrstellenbericht an: [mba@erz.be.ch](mailto:mba@erz.be.ch)  
oder [info.beco@vol.be.ch](mailto:info.beco@vol.be.ch)

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Kurzfassung</b>	<b>5</b>
1.1	Übersicht	5
1.2	Die wichtigsten Zahlen und Fakten im Überblick	7
<b>2</b>	<b>Bildungssystematik und neue Angebote</b>	<b>9</b>
<b>3</b>	<b>Die Lage in der Berner Berufsbildung</b>	<b>11</b>
3.1	Entwicklung der Schülerzahlen	11
3.2	Stabilität beim Übertritt Volksschule zur Sekundarstufe II	12
3.3	Neue Lehrverträge halten Schritt mit Schülerentwicklung	13
3.4	Zweijährige Grundbildung mit Attest im Aufwind	14
3.5	Brückenangebote – die Brücke zur Berufslehre	15
3.6	Knapp ein Drittel mit einer Maturität	16
3.7	Kantonale Vollzeitangebote in der Berufsbildung	17
3.8	Ausbildungsbeteiligung der Betriebe	18
3.9	Herausforderungen an der Schnittstelle Sek I – Sek II	19
3.10	Lehrvertragsauflösungen – Drop-out in der Berufsbildung	20
3.11	Abschlussquote im Kanton Bern im interkantonalen Vergleich	21
<b>4</b>	<b>Jugendarbeitslosigkeit</b>	<b>23</b>
4.1	Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit	23
4.2	Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich	24
4.3	Erklärungen für die Jugendarbeitslosigkeit	25
4.4	Folgen der Jugendarbeitslosigkeit	26
<b>5</b>	<b>Massnahmen von der Volksschule in die Berufsbildung</b>	<b>27</b>
5.1	Bildungsziel: Abschluss auf Sek II ermöglichen	27
5.2	Nahtstelle Sek I zu Sek II (Berufsbildung) verbessern	27
5.3	Kommunikation, Information	28
5.4	Vermittlung, Mentoring	29
5.5	Brückenangebote	30
5.6	Lehrstellenförderung	30
5.7	Berufsbildungsreformen	31
5.8	Zubringer zu tertiären Bildungsangeboten	32
5.9	Weitere Massnahmen – Berufsbildungsfonds	32
5.10	Koordination der Massnahmen	32
<b>6</b>	<b>Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit</b>	<b>35</b>
6.1	Von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt (Übergang II)	35
6.2	Massnahmen für besonders Betroffene	36
<b>7</b>	<b>Situation und Massnahmen im französischsprachigen Kantonsteil</b>	<b>37</b>
<b>8</b>	<b>Priorisierung der Massnahmen aus Sicht der Verwaltung</b>	<b>39</b>
	<b>Anhang</b>	<b>43</b>



# 1 Kurzfassung

## 1.1 Übersicht

Im Auftrag von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver und Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher legen das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und das beco Berner Wirtschaft einen umfassenden Bericht zur Lehrstellensituation und zur Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Bern vor. Der Bericht

- gibt einen Überblick über die Lehrstellensituation im Kanton Bern,
- beleuchtet das Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit und deren Hintergründe,
- stellt Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vor,
- und skizziert die zentralen Herausforderungen der Zukunft.

### Überblick über die Lehrstellensituation

Rund zwei Drittel aller Jugendlichen steigen über eine berufliche Grundbildung (Lehre) ins Erwerbsleben ein. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat deshalb einen zentralen Einfluss auf die Jugendarbeitslosigkeit.

Die vergangenen Jahre waren geprägt von Lehrstellenknappheit. Der hauptsächlichste Grund liegt in der demografischen Entwicklung. Die Zahl der Schulabgänger/innen ist stark angestiegen. Der Berner Lehrstellenmarkt hat auf diese Entwicklung erfreulich reagiert. Dank vereinten Anstrengungen von Wirtschaft und Behörden konnte die Zahl der Lehrverträge um 6 Prozent gesteigert werden – das entspricht in etwa der Zuwachsrate der Schulabgänger/-innen.

Die Ausbildungsbereitschaft der Berner Wirtschaft ist überdurchschnittlich hoch. Dies ist mit ein Grund, warum der Kanton Bern bezüglich der Ausbildungsquote einen Spitzenplatz einnimmt. Trotz Lehrstellenknappheit konnten in den letzten zehn Jahren jeweils 92 bis 95 Prozent aller jungen Erwachsenen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II realisieren. Dies liegt deutlich über der Ausbildungsquote in vergleichbaren Regionen wie Zürich, Ostschweiz, Nordwestschweiz oder Genferseeregion, welche um 5 und mehr Prozentpunkte darunter liegen.

Trotzdem: Nicht alle Lehrstellensuchenden finden (auf Anhieb) einen Ausbildungsplatz. Besonders schwer haben es Jugendliche mit Lernschwächen, Migrationshintergrund oder einem schwierigen sozialen Umfeld. Für sie ist die Hürde an der Schnittstelle zwischen Schule und Berufslehre oft zu hoch oder nur in einem zweiten Anlauf zu überspringen. Diesen Jugendlichen

stellt der Kanton Brückenangebote (Berufsvorbereitende Schuljahre, Vorlehren usw.) und Beratungsleistungen (Vermittlung, Junior Coaching) zur Verfügung.

### Ausmass und Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit

Auch im Kanton Bern hat die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren zugenommen. Allerdings sind nicht alle Alterskategorien gleichmässig betroffen. Im Kanton Bern liegt die Arbeitslosenquote der 15–19-Jährigen im Vergleich zur Gesamtarbeitslosenquote unter dem Durchschnitt, die der 20–24-Jährigen jedoch über dem Durchschnitt.

Jugendarbeitslosigkeit entsteht an zwei kritischen Übergängen: An der Schnittstelle zwischen Schule und Erstausbildung sowie an der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt. Im Durchschnitt sind Jugendliche weniger lang arbeitslos als Erwachsene – im Kanton Bern findet der grösste Teil der Betroffenen innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz. Der Anteil Arbeitsloser, die länger als ein Jahr ohne Stelle sind, liegt bei den 15–19-Jährigen bei knapp 2 Prozent und bei den 20–24-Jährigen etwas über 5 Prozent.

Lang anhaltende Arbeitslosigkeit hat für die Betroffenen schwerwiegende Konsequenzen: Motivationsverlust, soziale Stigmatisierung, Isolation und Verarmung sind nur einige Stichworte dazu. Jugendarbeitslosigkeit hat aber auch für die Gesellschaft negative Konsequenzen: Sie verliert Humankapital und trägt die sozialen Kosten.

### Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Das neue kantonale Berufsbildungsgesetz will deshalb allen Jugendlichen und Erwachsenen einen Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen. Um diesem Ziel näher zu kommen, muss der Kanton primär auf folgenden Ebenen ansetzen:

- Der Übergang von der Volksschule zur Sek II (Berufsbildung, Gymnasium usw.) muss optimiert werden. Damit kann insbesondere das Risiko von Lehrvertragsauflösungen – jeder fünfte Lehrvertrag im Kanton Bern wird aufgelöst – minimiert werden.
- Risikogruppen müssen beim Einstieg und während einer beruflichen Grundbildung mit

gezielten Angeboten begleitet werden. Gleiches gilt beim Übertritt ins Erwerbsleben oder bei einer Lehrvertragsauflösung (Case-Management).

- Die Brückenangebote müssen gezielt auf die Bedürfnisse der Risikogruppen ausgerichtet werden. Denn die Risikogruppen werden von der demografischen Entlastung des Lehrstellenmarkts kaum profitieren (siehe unten).
- Das Angebot an Lehrstellen muss weiter ausgeweitet werden (Lehrstellenmarketing). Dies gilt insbesondere im Bereich der niederschweligen zweijährigen Grundbildungen (Berufsattest).
- Die Betriebe müssen bei der Schaffung neuer Lehrstellen mit Know-how unterstützt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Institutionen (Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Berufsberatung, RAVs, Sozialämter, IV usw.) muss intensiviert werden.

### **Herausforderungen der Zukunft**

Die Zahl der Schulabgänger/innen wird nach dem Jahr 2008 um zehn bis fünfzehn Prozent zurückgehen. Das dürfte – mit leichter Verzögerung – zu einer Entlastung auf dem Lehrstellenmarkt führen. Davon werden aber nicht alle Jugendlichen profitieren. Während im Bereich der höher qualifizierten Berufe mit einem Wettbewerb um gute Schüler/innen zu rechnen ist, werden Jugendliche mit Lerndefiziten, Migrationshintergrund und schwierigerem sozialem Umfeld vor ähnlichen Problemen stehen wie heute. Mehr noch: In einer Wirtschaft, die zunehmend globalisiert ist, in der die technischen Prozesse komplexer werden und Kommunikationsfähigkeit und Kundenorientierung im Zentrum stehen, wird es für diese Jugendlichen zunehmend eng.

Aus diesen Entwicklungen leiten sich zwei zentrale Herausforderungen für die Zukunft ab:

- Wie gelingt es der Wirtschaft, auch in Zukunft genügend (hoch) qualifizierte Berufsleute zu gewinnen?
- Wie gelingt es der Gesellschaft, auch leistungsschwächere Jugendliche in die Arbeitswelt zu integrieren?

Der 1. Lehrstellenbericht des Kantons Bern stellt zu dieser Diskussion die notwendigen Grundlagen zur Verfügung.

## 1.2 Die wichtigsten Zahlen und Fakten im Überblick

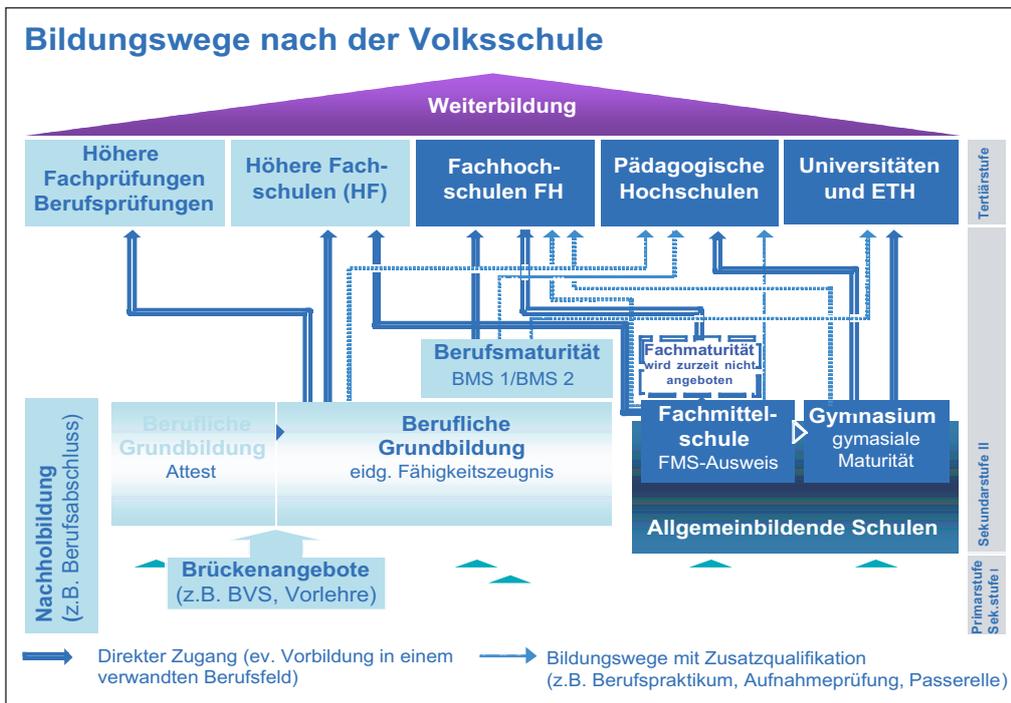
### Lehrstellensituation

Thema	Kap.	Zahlen und Fakten
Schülerzahlen	3.1	Die Zahl der Schulabgänger/innen im Kanton Bern wird noch leicht ansteigen und 2008 mit zirka 10'700 einen Höchststand erreichen (Schätzung BFS). Danach gehen die Zahlen um 10 bis 15% zurück.
Übertritte (Volksschule /Sek II)	3.2	Diese Wege haben die Schulabgänger/innen 2006 eingeschlagen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 40% Berufslehre</li> <li>• 22% höhere Mittelschule (Gymnasium, Fach-, Handelsmittelschule)</li> <li>• 25% Berufsvorbereitendes Schuljahr, priv. 10. Schuljahre</li> <li>• 5% praktisches Zwischenjahr (Welschlandjahr usw.)</li> <li>• Ohne Anschlusslösung waren am Stichtag 1. Juni 2006 4.6% der Schüler/innen.</li> </ul>
Lehrverträge (Kanton Bern)	3.3	Im Kanton Bern gibt es rund 26'000 Lehrverhältnisse. 2006 konnten zirka 8800 Lehrverträge abgeschlossen werden. Dies sind zirka 6% mehr als 2002.
Attest-Lehrstellen (2-jährige berufliche Grundbildung mit eidg. Berufsattest EBA)	3.4	Im Kanton Bern stehen für rund 2.5% der Schulabgänger/innen EBA-Lehrstellen zur Verfügung (267 Lehrstellen). Mittelfristig sollte der Anteil auf 5 bis 15% steigen (Anteil der leistungsschwächeren Jugendlichen).
Brückenangebote	3.5	Ca. 25% der Schulabgänger/innen wechselt in ein kantonales oder privates Brückenangebot. Zwischen 2001 und 2004 stieg die Zahl der Ausbildungsplätze um 5%, seither ist sie stabil. Bezüglich Brückenangebot liegt Bern im interkantonalen Vergleich an dritter Stelle.
Maturität	3.6	2005 haben im Kanton Bern 31% der Jugendlichen im entsprechenden Jahrgang eine Maturität absolviert (17.2% Gymnasium, 13.8% Berufsmaturität). Bern liegt damit im schweizerischen Mittel.
Vollzeitangebote (berufliche Grundbildung)	3.7	Im Kanton Bern werden in staatlichen Handelsmittelschulen ca. 1300 und in Lehrwerkstätten ca. 1200 Lehrstellen angeboten. Das sind 9.2% der gesamten beruflichen Ausbildungsverhältnisse.
Ausbildungsbeteiligung Betriebe	3.8	Im Kanton Bern beteiligen sich überdurchschnittlich viele Betriebe als Lehrbetriebe. 1985: 28.8% (CH: 26.1%); 1995: 18.7% (CH: 16.4%); 2001: 21.1% (CH: 18.5%)
Schnittstelle Sek I/II	3.9	Die Schnittstelle zwischen Volksschule (Sek I) und Sekundarstufe II ist eine Problemzone. Dies gilt insbesondere für den Übertritt in die berufliche Grundbildung. Verschiedene Projekte zielen darauf ab, aus der Schnittstelle eine Nahtstelle zu machen (HarmoS, Leistungstests, Fit für die Lehre usw.)
Lehrvertragsauflösungen	3.10	Jedes 5. Lehrverhältnis im Kanton Bern wird frühzeitig aufgelöst. Die Auflösungsquote ist seit 1995 stabil.
Abschlussquote Sekundarstufe II	3.11	2004 haben im Kanton Bern 92% der jungen Erwachsenen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreicht (75% Berufsabschluss inkl. Handelsmittelschule, 17% gymnasiale Matur). Das schweizerische Mittel betrug 87%.

## Jugendarbeitslosigkeit

Thema	Kap.	Zahlen und Fakten
Entwicklung	4.1	<p>In der Gruppe der 15–19-Jährigen hat sich die Arbeitslosigkeit von 2.1% (1997) über den Tiefstwert von 0.8% (2000/01) auf den aktuellen Stand von 2.7% (2005) entwickelt.</p> <p>In der Gruppe der 20–24-Jährigen hat sich die Arbeitslosigkeit von 7% (1997) über den Tiefstwert von 1.6% (2001) auf den aktuellen Stand von 5.1% (2005) entwickelt.</p>
Langzeit-arbeitslosigkeit	4.2	<p>Im Kanton Bern findet der grösste Teil der arbeitslosen Jugendlichen innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz. 2005 waren 1.8% der 15–19-jährigen Arbeitslosen und 5.3% der 20–24-jährigen Arbeitslosen über ein Jahr ohne Stelle.</p>
Vergleich interkantonal	4.3	<p>Im Kanton Bern ist die Jugendarbeitslosigkeit (15-24-Jährige) mit einer Quote von 4.1% (2005) unterdurchschnittlich (CH: 5.1%). Der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamt-arbeitslosigkeit liegt aber im Kanton Bern mit 21.3% über dem schweizerischen Mittel (18.9%).</p>

## 2 Bildungssystematik und neue Angebote



9

Die Bildungssystematik hat in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen. Die Sekundarstufe II ist geprägt von zwei Grundsätzen: der Durchlässigkeit zwischen einzelnen Ausbildungsgängen bzw. Abschlüssen sowie der Anschlussfähigkeit. Das heisst, dass für jeden Abschluss auf der Sekundarstufe II ein Anschluss auf der Tertiärstufe gewährleistet werden sollte. Folgende Innovationen wurden in den letzten drei Jahren eingeführt:

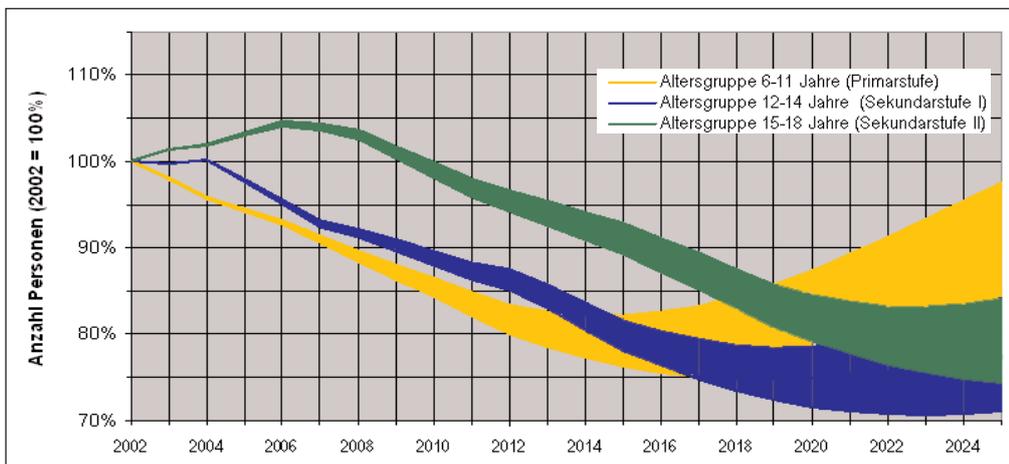
- **Rahmenlehrpläne für die Höheren Fachschulen:** In allen Höheren Fachschulen gelten pro Branche einheitliche eidgenössische Rahmenlehrpläne.
- **Nachholbildung:** Berufsabschlüsse können nicht nur über Berufslehren, sondern auch über mehrjährige Berufspraxis und eine Validierung der Bildungsleistungen (Bildungsportfolios), in der Regel ergänzt durch Ausbildungsmodulare, erreicht werden.
- **Fachmittelschulen:** Die Diplommittelschulen wurden in dreijährige Fachmittelschulen umgewandelt, welche im Kanton Bern primär den Zugang zu Höheren Fachschulen und Fachhochschulen in Gesundheits- und Sozialberufen sicherstellen.
- **Passerelle zur Universität:** Neu ist auch mit einem Berufsmaturitätsabschluss der Zugang zur Universität möglich, sofern die Eignungsprüfung bestanden wird. Es werden berufs begleitende Vorbereitungskurse angeboten.
- **Alle Berufe in der gleichen Bildungssystematik:** Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz des Bundes (in Kraft seit 2004) haben sich alle Berufe, auch jene der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens, an die gleiche Bildungssystematik zu halten.
- **Brückenangebote:** Zwischenlösungen wie berufsvorbereitende Schuljahre und Vorlehren sind neu im Gesetz verankert und werden vom BBT unterstützt, sofern mindestens die Hälfte der Ausbildung in der beruflichen Praxis stattfindet.
- **Zweijährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest (EBA):** In Berufen mit vorwiegend praktischen oder repetitiven Arbeiten können zweijährige Berufslehren mit einem eidgenössisch anerkannten Abschluss angeboten werden. Mit EBA-Abschlüssen sollen die Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt Fuss fassen oder in das zweite Lehrjahr der 3- oder 4-jährigen Grundbildung im entsprechenden Berufsfeld einsteigen können.

**Fazit:** Die umfassendere Bildungssystematik erschliesst neue Angebote und lässt sehr viele Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten offen. Sie wird dadurch aber auch unübersichtlich und schwer steuerbar.



# 3 Die Lage in der Berner Berufsbildung

## 3.1 Entwicklung der Schülerzahlen



Die Grafik zeigt die Bandbreite der möglichen demografischen Entwicklung der Altersgruppen Primarschule (gelb; 6–11 Jahre), Sekundarstufe I (blau; 12–14 Jahre) und Sekundarstufe II (grün; 15–18 Jahre) im Kanton Bern. Die Bandbreite ist definiert durch die beiden Szenarien «Trend» und «Positive Dynamik». Die Szenarien unterscheiden sich im wesentlichen von unterschiedlichen Annahmen bezüglich der Geburtenrate, der Sterberate und der Wanderungsbewegung (Personenverkehr). Die derzeitigen Zuwachsraten beim Übertritt von der Volksschule in die Sekundarstufe II bestätigen die Grafik ziemlich genau. Aufgrund der aktuellen Zahlen in den unteren Klassen der Volksschule lässt sich die Entwicklung in den nächsten Jahren ebenfalls relativ gut prognostizieren. Demnach wird es im Kanton nach 2008 zu einem Rückgang der Schülerzahlen um zehn bis fünfzehn Prozent kommen.

Wieweit sich der Rückgang auf die einzelnen Bildungsgänge in der Sekundarstufe II auswirken wird, ist schwer vorauszusagen. Diese Übertritte sind von unterschiedlichen Faktoren abhängig:

- **Verfügbare Ausbildungsplätze auf der Sekundarstufe II:** Während beim Gymnasium keine Beschränkung besteht, sind die Plätze für die Fachmittelschulen, die Handelsmittelschulen und die Lehrwerkstätten beschränkt. In der Berufslehre ist das Angebot an Ausbildungsplätzen ebenfalls knapp.
- **Institutionelle Reformen:** Die Berufsbildung ist einem ständigen Wandel unterworfen. Die über 250 Berufe werden in einem Zeitraum von zehn Jahren (ab Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes per

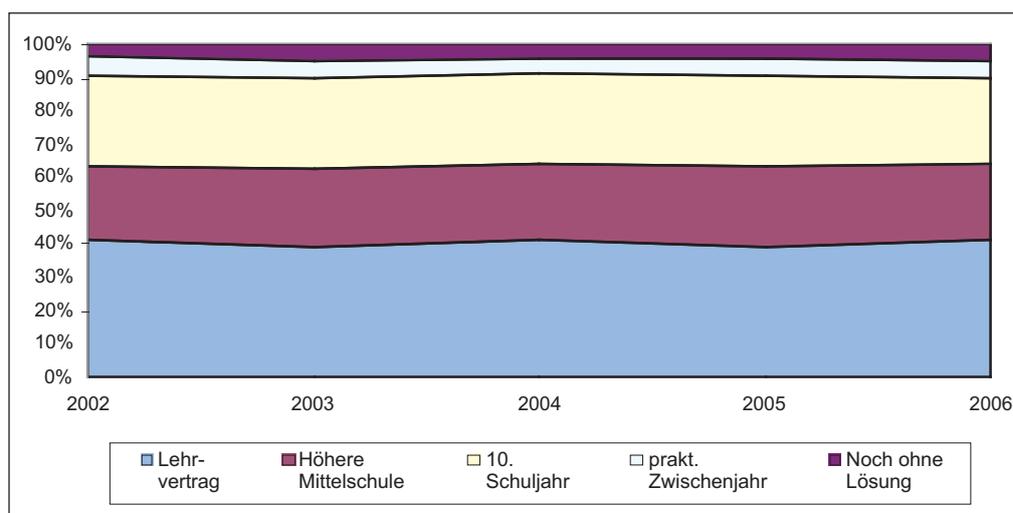
1.1.2004) allesamt mehr oder weniger stark reformiert. Solche Reformen können mitunter zu einer Reduktion der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen führen (KV-Ausbildung minus 10 bis 15 Prozent Lehrstellen) oder Jugendliche in ihrer Berufswahl stark einschränken (z.B. steigende Anforderungen).

- **Konjunkturelle Aussichten:** Das Lehrstellenangebot – aber auch die Entscheidung der Jugendlichen für die eine oder andere Berufsrichtung – ist abhängig von konjunkturellen Aussichten.

**Fazit:** Die Zahl der Volksschulabgänger/innen wird im Kanton Bern bis zirka 2008 hoch bleiben und anschliessend um 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Dabei wird es zu einem verschärften Konkurrenzkampf um die leistungsstarken Schüler/innen kommen.

Quelle Grafik: Darstellung von J. Allraum, BiEv, auf der Basis von Daten des BFS 2006 (Laurent Gaillard). Die Prognosen für den Kanton Bern beruhen auf den desagregierten Zahlen der Prognosen für den Raum «SPACE Mittelland»

### 3.2 Stabilität beim Übertritt Volksschule zur Sekundarstufe II



Mit Stichtag vom 1. Juni befragt die Berufsberatung jeweils alle öffentlichen und privaten 9. und 10. Klassen über die Anschlusslösungen. 2006 sind 40 Prozent der 9. Klässler/innen in eine Berufslehre übergetreten. 22 Prozent besuchen eine höhere Mittelschule wie Gymnasium, Fachmittelschule und Handelsmittelschule. 25 Prozent beginnen ein kantonales Berufsvorbereitendes Schuljahr (BVS, ehemals 10. Schuljahr) oder ein privates Angebot. 5 Prozent treten ein praktisches Zwischenjahr an (z.B. Welschlandjahr). Noch ohne Anschlusslösung waren am 1. Juni 4,6 Prozent (436 Schüler/innen). Einige von ihnen haben seither eine Lehrstelle gefunden, die übrigen sind meist in eine Vorlehre eingestiegen (drei Tage Betrieb, zwei Tage Schule) oder absolvieren ein Motivationssemester. Diese Anteile sind in den letzten Jahren mehr oder weniger stabil geblieben. Diese Stabilität darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der Sekundarstufe II grosse Dynamik herrscht:

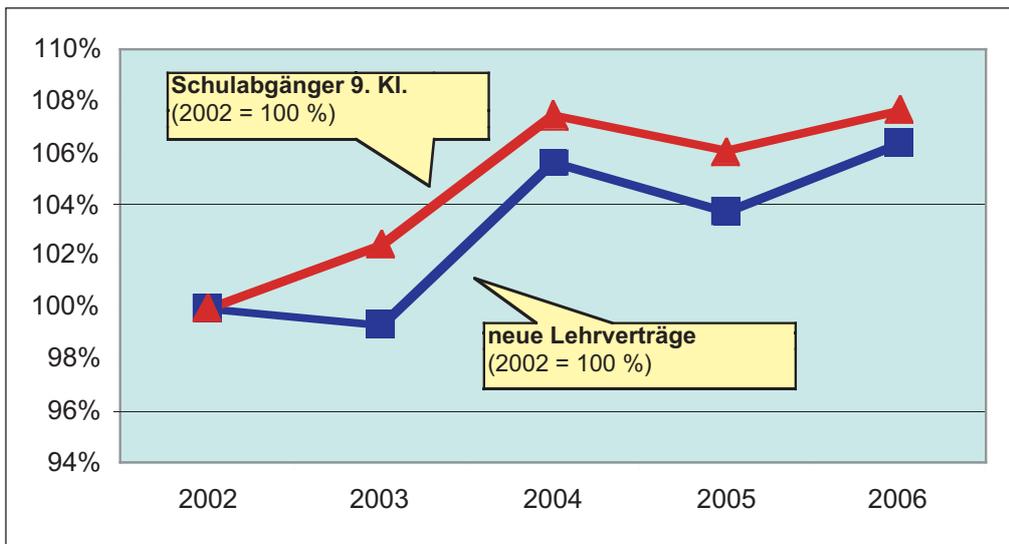
- Zwanzig Prozent der Lehrverträge werden vorzeitig aufgelöst, was mit einem Niveauwechsel, einem Betriebswechsel, einem Berufswechsel oder gar mit der Aufgabe der Lehre verbunden ist.
- Die Absolvent/innen des BVS und weiterer Zwischenlösungen haben einen verzögerten Einstieg in die Berufslehre.
- Beim Übertritt besonders schwer haben es Realschüler/innen, welche aus bescheideneren Verhältnissen stammen und/oder leistungsschwach sind sowie Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Dies zeigen Umfragen der Berufsberatung und die Studie Tree (Literaturhinweis im Anhang). Während fast fünfzig Prozent der Sekundarschüler/innen eine Lehrstelle gefunden haben, und 3 Prozent mehr als 2005, konnten lediglich 40 Prozent der Realschüler/innen in eine Lehrstelle übertreten, leicht weniger als im Vorjahr. Da-

gegen traten 45 Prozent in ein BVS über; 7,7 Prozent waren am 1. Juni noch ohne Lösung (2,3 Prozent mehr als im Vorjahr; bei den Sekundarschüler/innen waren es lediglich 1,5 Prozent). Diese Zahlen bestätigen auch die Kommentare der Klassenlehrkräfte der 9. Klassen im Rahmen der Umfrage: Für Realschüler/innen mit ungünstigen Startbedingungen wurde der Einstieg in eine Berufslehre in den letzten Jahren stetig schwieriger.

**Fazit:** Schüler/innen mit guten Leistungen finden eine Lehrstelle. Für Jugendliche mit Defiziten (Leistungen, soziales Umfeld, fehlende Motivation) und mit Migrationshintergrund wird es schwierig, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Quelle der Grafik: Befragung der Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (ZBSL) bei allen kantonalen und privaten 9. und 10. Klassen per 1. Juni

### 3.3 Neue Lehrverträge halten Schritt mit Schülerentwicklung



Mit zirka 26'000 Lehrverhältnissen ist der Kanton Bern hinter Zürich (ca. 31'000) der zweitgrösste «Berufsbildungskanton». Auf den nächsten Rängen folgen St. Gallen und Aargau (je ca. 15'000 Lehrverhältnisse), Waadt (14'000) und Luzern (11'000). Dank verschiedenen Marketingaktionen zur Lehrstellenförderung, welche bei den Bernischen Unternehmen auf offene Ohren gestossen sind, ist es gelungen, in den letzten vier Jahren die Zahl der Lehrstellen zu steigern und damit mit der steigenden Zahl an Volksschulabgänger/innen Schritt zu halten. Die Zahl der Jugendlichen ohne Anschlusslösung sowie die Zahl der Brückenangebote ist dadurch stabil geblieben (siehe Kap. 3.2 und 3.5).

Die Steigerung bei den Abschlüssen neuer Lehrverträge ist in erster Linie auf die Einführung des neuen Berufs «Fachangestellte/r Gesundheit» zurückzuführen. Innert drei Jahren konnten gegen 700 neue Lehrverhältnisse geschaffen werden. Auch die Einführung des Betriebspraktikers (rund hundert neue Lehrverhältnisse), die Steigerung in einzelnen gewerblichen Berufen und die Einführung von zweijährigen Grundbildungen mit Attest schlugen positiv zu Buche. Dagegen musste wegen der KV-Reform ein Rückgang von über hundert Lehrstellen in Kauf genommen werden.

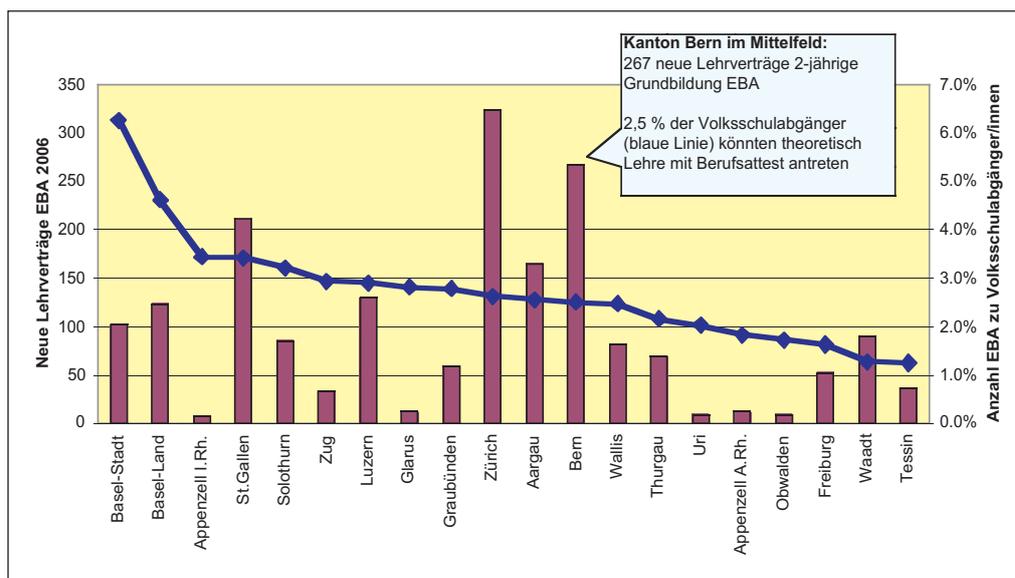
Auf grosses Interesse bei den Jugendlichen stossen die Berufe «Fachangestellte/r Gesundheit», «tiermedizinische Praxisassistent/in», «Tierpfleger/in», «Florist/in» sowie gestalterische Berufe (z.B. Polygraf/in). Auch das KV ist nach wie vor hoch im Kurs. Allerdings vermögen viele Jugendliche den gestiegenen Anforderungen, insbesondere von Banken und grossen Dienstleistungsunternehmen, nicht zu genügen.

Per 15. August 2006 wies der Lehrstellennachweis des Kantons Bern 164 offene Stellen in 67 Berufen aus. So waren im Gastgewerbe

15 offene Lehrstellen gemeldet, im Detailhandel und bei den Metzger/innen je 12, bei den Sanitärmonteur/innen 9, bei den Coiffeuren/Coiffeusen und im Hotelfach je 8, bei den Elektromonteur/innen 6 und bei den Elektroniker/innen 5. Auch im KV waren 4 offene Lehrstellen registriert. Im Lehrstellennachweis wird erfahrungsgemäss nur etwa ein Drittel aller Lehrstellen ausgeschrieben.

**Fazit:** Dank vereinten Aktionen von Behörden und Wirtschaft konnte die Zahl der Lehrverträge in den letzten drei Jahren um 6 Prozent gesteigert werden. Damit konnte mit dem Anstieg der Volksschulabgänger/innen Schritt gehalten werden.

### 3.4 Zweijährige Grundbildung mit Attest im Aufwind



Die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) eignet sich für Jugendliche, welche schulisch schwächer, dafür praktisch begabt sind. Ein erfolgreicher Abschluss berechtigt zum Einstieg in das zweite Lehrjahr im gleichen Berufsfeld oder befähigt zum Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Zwei Jahre nach ihrer Einführung hat sich die zweijährige Grundbildung gut etabliert. Im Kanton Bern wurden bisher 267 Lehrverträge abgeschlossen. Lediglich der Kanton Zürich hat absolut mehr Lehrverträge. Vergleicht man die Zahl der EBA-Lehrverträge mit der Zahl der Volksschulabgänger/innen, so könnten theoretisch 2,5 Prozent aller 9. Klässler/innen eine solche Lehre antreten. Damit liegt der Kanton Bern im Mittelfeld. Spitzenreiter ist Basel-Stadt mit 6,3 Prozent. Diese Kenngrösse ist interessant, weil 5 bis 15 Prozent der Jugendlichen zur Risikogruppe gehören, welche Mühe hat, in der Berufsbildung Fuss zu fassen.

In folgenden Berufen wurden bereits EBA-Ausbildungen eingeführt: Küchenangestellte/r, Hotellerieangestellte/r, Restaurationsangestellte/r, Detailhandelsassistent/in, Hauswirtschaftspraktiker/in, Schreinerpraktiker/in, Milchpraktiker/in und Reifenpraktiker/in. Geplant sind für 2007: Automobil-Assistent/in, Büroassistent/in, Logistiker/in EBA, Metallbaupraktiker/in, Seilbahner/in EBA. Für 2008 sind in Planung: Basis-Polybauer/in EBA, Basis-Spengler/in EBA, Florist/in EBA, Haustechnikpraktiker/in EBA, Lebensmittelpraktiker/in, Pferdewart/in.

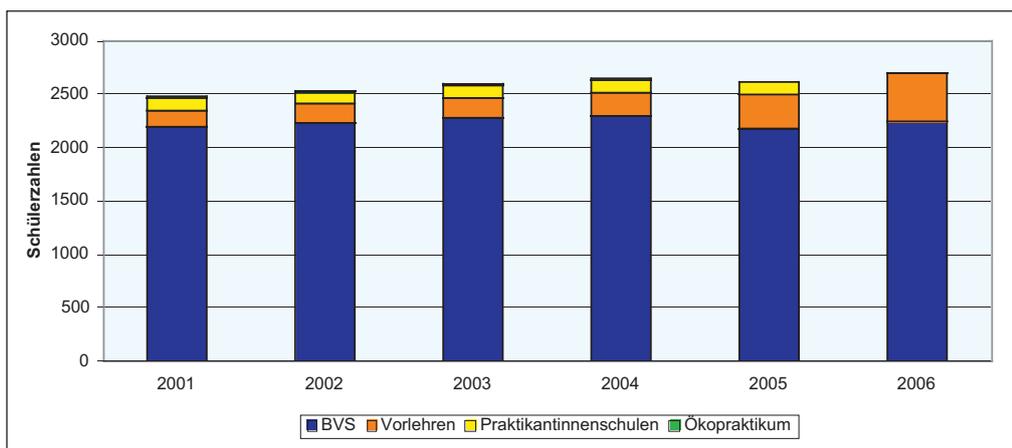
Im Verkauf sind bereits 18 Prozent aller neuen Lehrverträge solche mit EBA (BS und SO über 30%, BE 17%). Bei den Schreibern sind es 13 Prozent (LU 40%, BS 22%, SG 21%, BE 14%). Tief ist der Anteil der EBA in der Gastronomie mit lediglich 6,5 Prozent (BE 5%).

Der Kanton Bern hat in verschiedenen Berufen Pionierarbeit geleistet und gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitswelt (OdAs) Pilotprojekte durchgeführt. Nun muss die Umsetzung in der Praxis erfolgen. Dies braucht Überzeugungsarbeit bei den Lehrbetrieben und den kantonalen Verbänden.

**Fazit:** Der Kanton Bern liegt bei der Umsetzung der neuen zweijährigen Grundbildungen im Mittelfeld der Kantone. Die Akzeptanz bei Verbänden und Betrieben muss weiter verbessert werden, vor allem im Gastgewerbe sollten zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden.

Quelle Daten: Umfrage der Fachstelle EBA des MBA, F. Bieri, Stichtag 31.8.06 (20 Kantone haben geantwortet)

### 3.5 Brückenangebote – die Brücke zur Berufslehre



Mehr als ein Viertel der Volksschulabgänger/-innen wechselt in ein kantonales oder privates Brückenangebot. Damit liegt der Kanton Bern schweizweit hinter Basel-Stadt und Waadt an dritter Stelle.

Im Kanton Bern gibt es zwei kantonale Brückenangebote:

- **Berufsvorbereitende Schuljahre (BVS;** Volksmund: 10. Schuljahre) mit den drei Profilen Allgemeinbildung, Berufspraktische Bildung, Integration. Die Jugendlichen werden gezielt auf den Einstieg in eine Berufslehre vorbereitet. Der Eintritt erfolgt auf Empfehlung der Volksschullehrkräfte und durch ein Aufnahmeverfahren. Die BVS-Gebühren betragen Fr. 1000.–.
- **Vorlehren** für Jugendliche, welche im Juni/Juli keine Anschlusslösung haben. Die Jugendlichen arbeiten drei Tagen pro Woche im Lehrbetrieb und werden während zwei Tagen in der Berufsfachschule «fit» gemacht. Die Praktikantinnenschulen Spiez und Burgdorf (Hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen) wie das Ökopraktikum des Inforamas wurden in die Vorlehreangebote integriert. Die Vorlehre steht in Konkurrenz zu den Motivationssemestern. Damit die Anreize etwas korrigiert werden, wurden die Vorlehrgebühren auf 2006 gestrichen (bisher Fr. 600.–).

Von 2001 bis 2003 gab es bei den Brückenangeboten einen Anstieg von zirka 5 Prozent, seither ist die Zahl relativ stabil (Anstieg 2006 aufgrund wegfallender Gebühren; dies dürfte sich bei den Motivationssemestern in einem Rückgang auswirken). Gemessen an der Zahl der 9. Klässler/-innen konnten die Brückenangebote in den letzten 15 Jahren sogar gesenkt werden (Mitte der 90er-Jahre 35% in Brückenangeboten!).

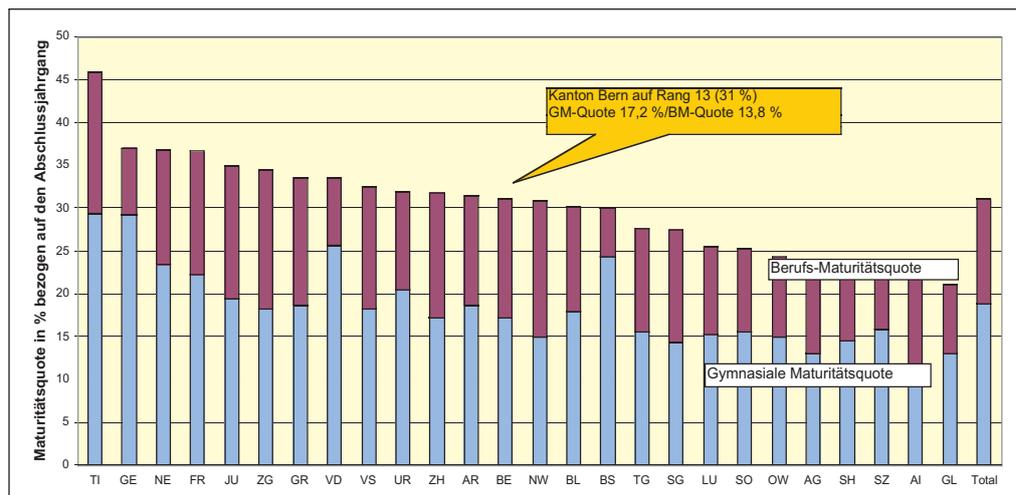
Bei den Absolvent/-innen zeichnet sich eine klare Tendenz hin zu leistungsschwächeren Ju-

gendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit persönlicher Unreife ab. Das bedingt eine Verlagerung von der schulischen Unterstützung zur individualisierten Begleitung im Berufswahlprozess und verlangt von den Lehrkräften erweiterte Kompetenzen.

Durchschnittlich steigen 75 Prozent der Absolvent/-innen eines Brückenangebots in eine Grundausbildung ein, rund 20 Prozent finden eine Übergangslösung oder Arbeitsstelle und rund 5% haben immer noch keine Lösung.

**Fazit:** Der Kanton Bern hat ein überdurchschnittlich ausgebautes Brückenangebot, das künftig noch stärker auf die Zielgruppen (Jugendliche mit Leistungsschwächen, aus schwierigen sozialen Verhältnissen, mit Migrationshintergrund, mit persönlicher Unreife) fokussiert werden muss.

### 3.6 Knapp ein Drittel mit einer Maturität



31 Prozent der jungen Erwachsenen im entsprechenden Jahrgang haben im Kanton Bern 2005 eine gymnasiale Maturität oder eine Berufsmaturität absolviert. Damit liegt Bern schweizweit auf Rang 13, hinter Zürich, aber vor den beiden Basel, St.Gallen, Aargau, Luzern und Solothurn. Das schweizerische Mittel liegt bei 31,1 Prozent. Mit 17,2 Prozent bei der gymnasialen Maturitätsquote liegt Bern auf dem 14., bei der Berufsmaturität gar auf dem 9. Rang (13,8%).

Unterschiede gibt es zwischen Frauen und Männern. Bei der gymnasialen Maturität beträgt die Quote bei den Frauen 20,6 Prozent, bei den Männern 17,2 Prozent. Anders bei der Berufsmaturität: 14,5 Prozent bei den Männern, 13,2 Prozent bei den Frauen. Bezüglich Geschlechterverteilung im Total der Maturitäten liegt der Kanton Bern mehrheitlich im schweizerischen Durchschnitt (Frauen 33,8%, Männer 28,4%).

Regionale Unterschiede sind bei der Berufsmaturität statistisch nicht ausgewiesen. Bei der gymnasialen Maturität können sie aufgrund der Gymnasialquote aufgezeigt werden. Die Gymnasialquote ist der Anteil der Jugendlichen des entsprechenden Jahrgangs, welcher in eine Tertia wechselt. Diese Quote liegt erfahrungsgemäss ungefähr zwei Prozent über der Maturitätsquote. 2005 betrug die Gymnasialquote in der Region Bern-Mittelland 26 Prozent, in Bienne-Jura bernois 25 Prozent, in Biel-Seeland 19 Prozent, im Oberaargau-Emmental 17 Prozent und im Berner Oberland 15 Prozent. In den beiden Spitzenregionen werden somit ähnliche Maturitätsquoten erreicht wie in den westlichen Nachbarkantonen Freiburg und Neuenburg, welche zu den fünf Kantonen mit den höchsten Maturitätsquoten gehören.

Bei den Gymnasien sind die Schülerzahlen in den letzten Jahren mehr oder weniger im Gleichschritt mit der höheren Zahl bei den Volksschulabgänger/innen gestiegen. Die Berufsmaturität wurde erst 1994 eingeführt und er-

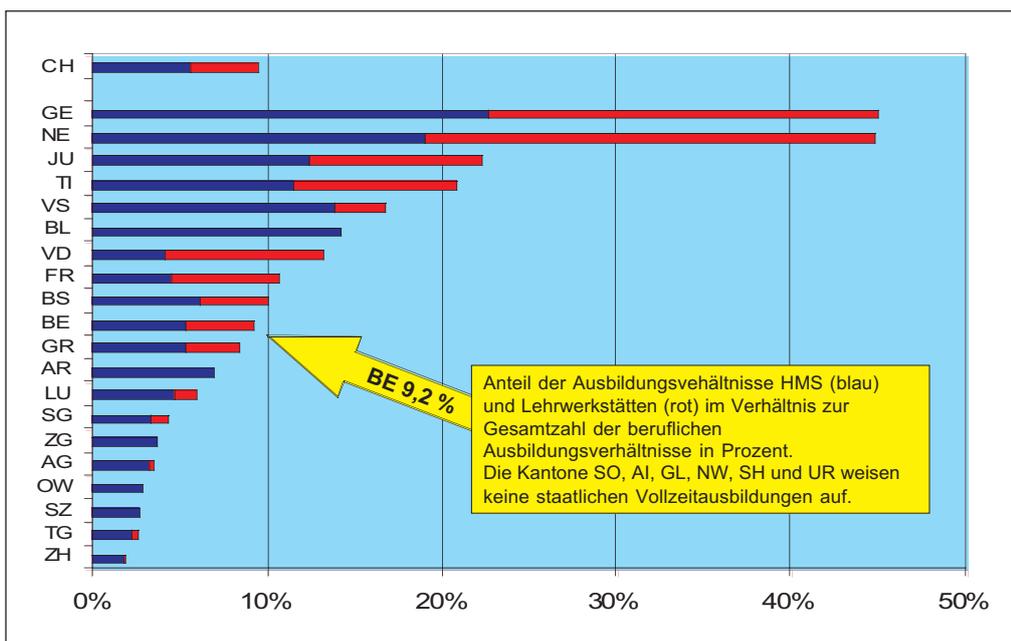
lebt seither einen Boom. In den letzten beiden Jahren macht sich aber auch dort Stagnation bemerkbar.

Die Fachmittelschule wurde 2004 neu eingeführt (Ablösung der Diplommittelschule). Im Kanton Bern treten ungefähr ein bis zwei Prozent der Volksschulabgänger/innen in die FMS über.

**Fazit:** Betrachtet man die gymnasiale Maturität und die Berufsmaturität gemeinsam, so liegt der Kanton Bern gesamtschweizerisch im Mittelfeld der Kantone und mit einer Quote von 31 Prozent ziemlich genau im schweizerischen Durchschnitt (31.1%). Das Gewicht dürfte deshalb künftig eher bei der Sicherung der Qualität als beim quantitativen Ausbau liegen (siehe Bildungsstrategie zur Qualität der Maturitäten).

Quelle Daten: Bundesamt für Statistik; Berechnungen der Abt. Mittelschulen (regionale Gymnasialquoten)

### 3.7 Kantonale Vollzeitangebote in der Berufsbildung



Gemäss kantonalem Gesetz über die Berufsbildung, Weiterbildung und Beratung (BerG) kann der Kanton Vollzeitangebote in der Berufsbildung führen, wenn ein Bedarf da ist. Im Vordergrund stehen dabei die Handelsmittelschulen und die Lehrwerkstätten. Ein Bedarf ist unter anderem gegeben, wenn sich ein Ungleichgewicht auf dem Markt für berufliche Grundbildung abzeichnet. Dabei sind die betroffenen Organisationen der Arbeitswelt (OdAs) anzuhören (Art. 8 BerG).

Im Kanton Bern werden in Handelsmittelschulen zirka 1300 und in Lehrwerkstätten zirka 1200 Lehrstellen angeboten. Anteilsmässig an den gesamten Lehrverhältnissen werden so 9,2 Prozent der Lernenden in staatlichen Vollzeitangeboten ausgebildet. Dies liegt ziemlich genau im schweizerischen Durchschnitt. Spitzenreiter sind Genf und Neuenburg, welche 45 Prozent der Berufsabschlüsse über staatliche Angebote realisieren.

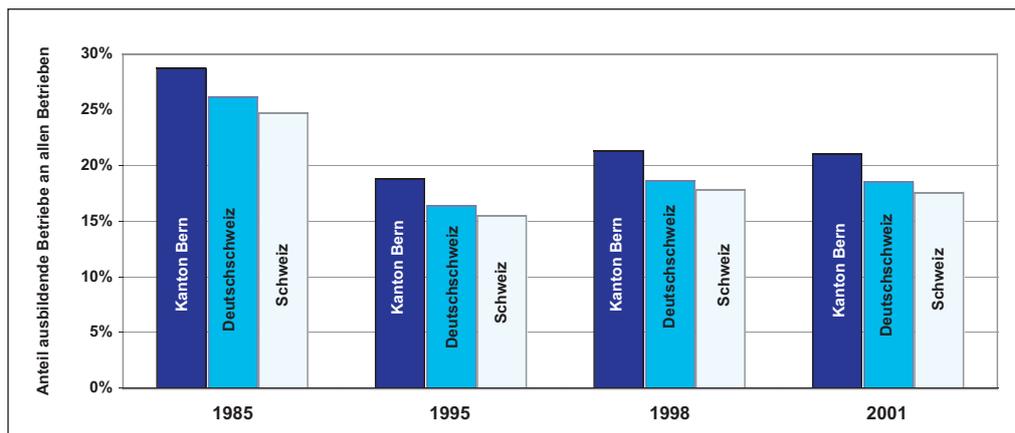
Da die Ausbildung in staatlichen Lehrwerkstätten zwei- bis dreimal so hohe Kosten je Ausbildungsplatz generiert wie im dualen System, hat der Regierungsrat die Erziehungsdirektion im Rahmen der Strategischen Aufgabenüberprüfung mit einer Überprüfung der Lehrwerkstätten beauftragt. Zielvorgabe war die Einsparung von 4 Mio. Franken bzw. 12 Prozent (total Betriebsaufwand 33 Mio. Franken, Stand 2002). In seiner Überprüfung kam der Berufsbildungsrat 2003 zum Schluss, dass angesichts der aktuellen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und der Entwicklung der Schülerzahlen das Angebot an den Lehrwerkstätten zu erhalten sei. Die Lehrwerkstätten wurden aber in die Pflicht genommen, die Betriebskosten je Ausbildungsplatz zu

senken und sich auf das Kerngeschäft, die berufspraktische Ausbildung, zu konzentrieren. Die Sparvorgaben konnten bisher überall umgesetzt werden. 2008 soll das gesamte Vollzeitangebot unter dem Blickwinkel des Schülerrückgangs, des Lehrstellenangebots und der sprachregionalen Eigenheiten überprüft werden.

Die Lehrwerkstätten bieten einerseits Ausbildungsplätze in gefragten handwerklichen und technischen Berufen an, andererseits wurden in den letzten Jahren auch Stellen für schwächere Schüler/innen geschaffen. So wurde an der Lehrwerkstätte Bern 2006 eine Klasse für Maschinenbaupraktiker/innen eröffnet (Pilotklasse).

**Fazit:** In der aktuellen Lehrstellensituation leisten die staatlichen Vollzeitangebote einen wichtigen Ausbildungsbeitrag. Dieser muss unter anderem mit Blick auf den Schülerrückgang ab 2008 kritisch hinterfragt werden (siehe Bildungsstrategie).

### 3.8 Ausbildungsbeteiligung der Betriebe



Im Kanton Bern engagieren sich überdurchschnittlich viele Betriebe als Lehrbetriebe. Wie in der ganzen Schweiz ist die Ausbildungsbeteiligung aber auch in Bern rückläufig.

Für den überdurchschnittlichen Anteil ausbildender Betriebe sind mehrere Faktoren verantwortlich: Die Betriebsstruktur des Kantons Bern ist stärker durch ältere, etablierte Betriebe und solche in traditionellen Branchen geprägt. Diese Betriebe weisen eine höhere Ausbildungsbeteiligung auf als junge Betriebe und Betriebe der modernen Dienstleistungsbranchen.

Die Abnahme der Ausbildungsbeteiligung von 1985 bis 2001 – neuere Daten sind ab 2007 verfügbar – ist primär auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Die Zahl der Sechzehnjährigen ist von 1985 bis 2001 um 22 Prozent gesunken (demografische Entwicklung).
- Der Anteil gymnasialer Maturanden an den Sechzehnjährigen ist um 7 Prozent gestiegen. Ein Teil dieses Anstiegs ist auf die Umwandlung der Seminarien in Gymnasien zurückzuführen.
- Die Zunahme von Kleinstbetrieben (weniger als 2 Vollzeit-Mitarbeitende) drückt den Anteil ausbildender Betriebe nach unten.
- Die Tertialisierung (mehr Dienstleistungsbetriebe, weniger Gewerbe und Industrie) hat weiter zugenommen.

Die einzelnen Faktoren tragen dabei unterschiedlich zur Abnahme der Ausbildungsbeteiligung bei: 50 Prozent der Abnahme sind auf die demografische Entwicklung sowie den Trend zum Gymnasium zurückzuführen, gut 30 Prozent auf die Zunahme der Kleinbetriebe und etwa 10 Prozent auf die Tertialisierung. Der restliche Teil der Schwankungen ist auf den Einfluss der Konjunktur zurückzuführen sowie auf die Tatsache, dass in den modernen Branchengruppen (Informatik, Unternehmensberatungen, Sozial-/Gesundheitswesen, Banken, Versicherungen, High-Tech-Industrie) die Ausbildungsbeteiligung seit 1995 weniger stark

zugenommen hat als in den traditionellen Branchen.

Da die modernen Branchen ein überdurchschnittliches Wachstumspotenzial aufweisen und in besonders gefragten Lehrberufen ausbilden (KV, Informatik, technische und soziale Berufe), kommt ihrer Ausbildungsbeteiligung für die Zukunft eine besondere Bedeutung zu.

**Fazit:** Die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe im Kanton Bern ist überdurchschnittlich und entwickelt sich über die Zeit parallel zu jener in der ganzen Schweiz. Jüngere, oftmals kleine Betriebe in den wissensorientierten Branchen bilden eher unterdurchschnittlich aus. Sie sollten vermehrt für die Lehrlingsausbildung gewonnen werden.

Berechnungen und Text: Jürg Schweri und Barbara Müller, Schweizerisches Institut für Berufspädagogik SIBP Zollikofen; Quelle Daten: Betriebszählungen des Bundesamts für Statistik; Spezielle Berechnungen für den Kanton Bern.

### 3.9 Herausforderungen an der Schnittstelle Sek I – Sek II



Die Schnittstelle zwischen Sekundarstufe I (Volksschule) und Sekundarstufe II, speziell der Berufsbildung, gilt seit Jahren als Problemzone. Immer wieder beklagen die Lehrbetriebe bzw. die Organisationen der Arbeitswelt (OdAs) und die Berufsfachschulen, die Lernenden würden verlangte Grundkenntnisse nicht mitbringen. Zudem dienen die Beurteilungen der Volksschulen nicht zur Selektion, da zwischen den einzelnen Schulen grosse Differenzen herrschen. Eintrittsprüfungen und verschiedene Tests (u.a. Multicheck, Basic Check) sind Ausdruck dieser unbefriedigenden Situation.

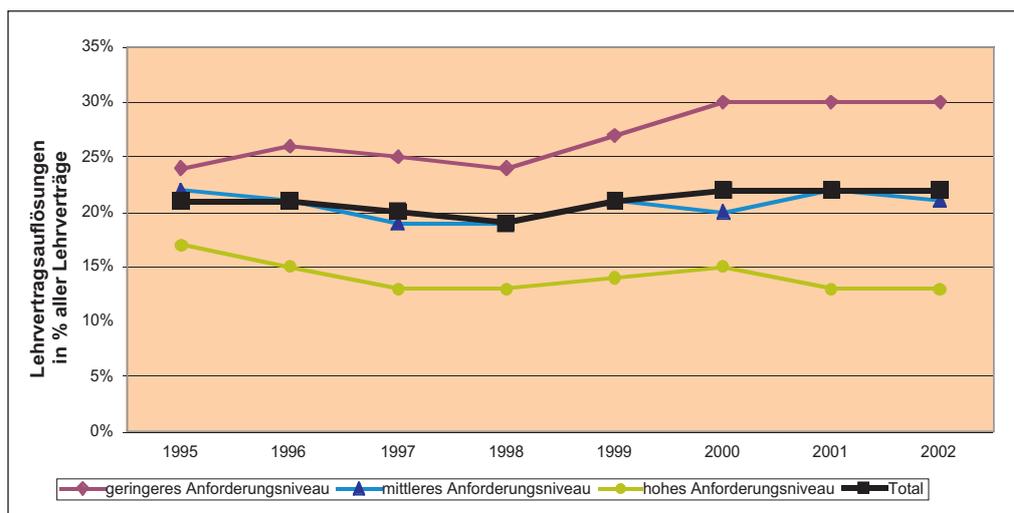
Andererseits stellen die Volksschullehrkräfte fest, dass die Anforderungen in der Berufslehre fast durchwegs gestiegen sind. Häufig sind die geforderten Kompetenzen aber unklar und nicht auf die Lehrpläne der Volksschule abgestimmt. Es wird auch häufig festgestellt, dass die Berufsschullehrkräfte wenig mit den Lehrplänen der Volksschule vertraut sind. Umgekehrt verfügen die Volksschullehrkräfte meist über wenig Arbeitswelterfahrung ausserhalb der Schule.

Die Erziehungsdirektion hat im Herbst 2003 einen runden Tisch mit allen Beteiligten und den OdAs einberufen. Das Ergebnis war ein breites Massnahmenpaket (siehe auch Kap. 5). Auch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat das Thema auf ihre Prioritätenliste gesetzt. Ziel ist, gemeinsam mit den OdAs Empfehlungen zu erlassen, welche den Übergang zwischen Volksschule und Berufsbildung fördern. Zudem sollen die OdAs auf geeignete Weise in den Har-moS-Prozess (Harmonisierung der obligatorischen Schule) einbezogen werden.

Ein wichtiges Element wird die Einführung von Leistungstests in der Volksschule sein (Motion Guggisberg). Sie sollen zwar nicht als Selektionsinstrument dienen, dürften aber dazu führen, dass die Beurteilung homogener wird und schulische Defizite früher erkannt werden. Eine Schlüsselrolle spielt der Berufswahlprozess, in dem die Lehrkräfte gemeinsam mit der Berufsberatung, den Schüler/innen und den Eltern für mehr Verbindlichkeit sorgen müssen, damit Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt werden. Schliesslich kommt allen Aktivitäten, die den Volksschüler/innen Einblick in die Arbeitswelt vermitteln (u.a. Betriebsbesuche, Schnuppertage, Botschafter der Wirtschaft), eine zentrale Rolle zu.

**Fazit:** Die Schnittstelle (Sek I-Sek II) muss im verstärkten Dialog zwischen Volksschule und Berufsbildung bzw. Arbeitswelt angegangen und zur Nahtstelle entwickelt werden.

### 3.10 Lehrvertragsauflösungen – Drop-out in der Berufsbildung



Mehr als ein Fünftel aller Lehrverträge im Kanton Bern wird vorzeitig aufgelöst. Das zeigt die LEVA-Studie (Lehrvertragsauflösungen, ihre Ursachen und Konsequenzen), die im Auftrag der Erziehungsdirektion des Kantons Bern durchgeführt wurde. Die Auflösungsquote ist seit 1995 stabil, jedoch deutlich höher als bisher angenommen. Vor allem betroffen sind Berufe mit mittlerem oder eher tieferem intellektuellem Anforderungsniveau. So liegt die Auflösungsquote in einzelnen Lehrberufen – beispielsweise in der Gastronomie und Hotellerie, bei den Coiffeuren und Coiffeusen oder bei den Maurer/innen – bei über 30 Prozent. Häufiger von Lehrvertragsauflösungen betroffen sind ausländische Jugendliche.

Als Hauptgrund für die Auflösung nennen sowohl Lehrbetriebe wie Lernende schlechte schulische Leistungen. Während die Berufsbildner/innen generell die Leistungen der Jugendlichen, ihre fehlende Einsatzbereitschaft, den Verlust des Interesses am Lehrberuf sowie Probleme mit den Eltern verantwortlich machen, sehen die Lernenden die Gründe nebst ungenügenden Leistungen vor allem in den Arbeitsbedingungen, den Konflikten mit dem/der Berufsbildner/in und in mangelnden Vorkenntnissen über den Betrieb. Sehr oft fehlt es an genügender Kommunikation zwischen Lehrbetrieb und Lernenden. So geben 28 Prozent der betroffenen Jugendlichen an, sie hätten vor der Lehrvertragsauflösung mit niemandem darüber gesprochen – auch nicht mit dem/der Berufsbildner/in oder mit der Familie – wie die Auflösung hätte vermieden werden können. Während ein Drittel der Lernenden die Lehre unmittelbar nach der Vertragsauflösung fortsetzt, hat knapp die Hälfte ein Jahr nach der Vertragsauflösung immer noch keine neue Lehrstelle.

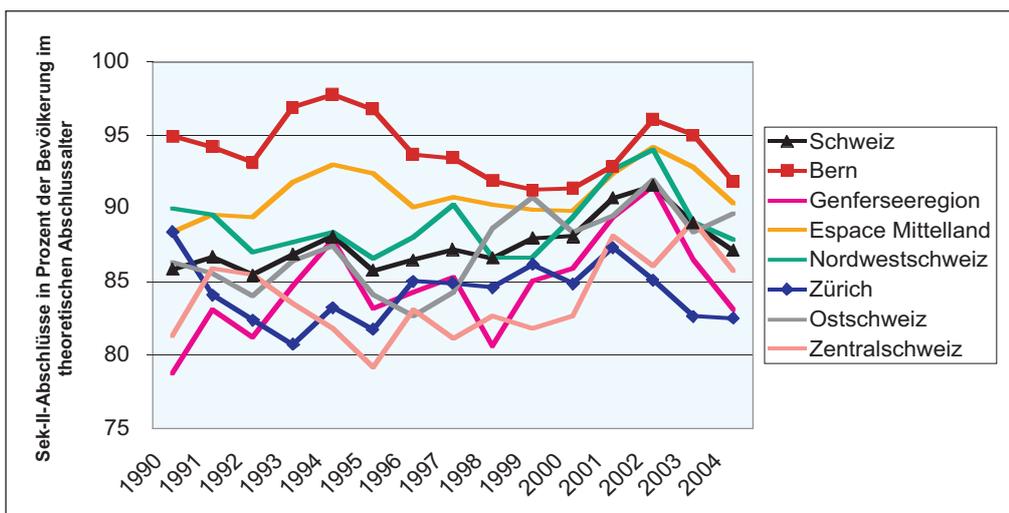
Die LEVA-Studie hat während eines Jahres

rund 1300 von einer Lehrvertragsauflösung betroffene Lernende und Berufsbildner/innen befragt. In der Folge wird nun ein Konzept erstellt, welches die Früherkennung von drohenden Lehrvertragsauflösungen und ein entsprechendes Case-Management an der Schnittstelle zwischen Berufsfachschule, Lehrbetrieb, Ausbildungsberatung und Berufsberatung fördern soll. Zudem sollen zumindest Anschlusslösungen sichergestellt werden sowie das Monitoring verbessert werden.

**Fazit:** Lehrvertragsauflösungen führen zu Umwegen für die Jugendlichen und zu betriebswirtschaftlichen Verlusten für die Unternehmen. Massnahmen zur Verminderung der Auflösungsquote und zur Sicherstellung von Anschlusslösungen sind mit hoher Priorität anzugehen.

Quelle: Lehrvertragsauflösungen, ihre Ursachen und Konsequenzen; Ergebnisse aus dem Projekt LEVA  
Barbara E. Stalder, Evi Schmid, Juni 2006; ERZ, BIEv

### 3.11 Abschlussquote im Kanton Bern im interkantonalen Vergleich



2004 haben im Kanton Bern 92 Prozent der jungen Erwachsenen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreicht – 75 Prozent einen Berufsabschluss und 17 Prozent eine gymnasiale Matura. Die Handelsmittelschul-Diplome werden jeweils zu den Berufsabschlüssen gezählt. 2004 noch nicht mitgezählt wurden die Abschlüsse bei den Diplommittelschulen

Die Abschlussquote schwankt über die Jahre recht stark (Kanton Bern zwischen 91 und 98%). Die Gründe liegen zum einen in der komplexen Datenlage (Anzahl Abschlüsse im Vergleich zur Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter). Andererseits wirkt sich auch die Lage auf dem Lehrstellenmarkt und die Zahl der Volksschulabgänger/innen aus.

Verglichen mit anderen Grossregionen steht der Kanton Bern gut da. Der Espace Mittelland und die Ostschweiz wiesen 2004 eine Ausbildungsquote von 90 Prozent auf, die Nordwestschweiz 88 Prozent, die Zentralschweiz 86 Prozent, Zürich und die Genferseeregion 83 Prozent. Das schweizerische Mittel betrug 87 Prozent. Unter den Vergleichsregionen hat der Kanton Bern den höchsten Anteil an Berufsbildungsabschlüssen. Auch im internationalen Vergleich schneidet der Kanton Bern gut ab. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 80 Prozent, der Durchschnitt in den EU-Ländern bei 76,4 Prozent. Allerdings gibt es auch europäische Musterschüler wie Slowakei (91,3%), Tschechien (90,9%) und Slowenien (89,7%).

Erwachsene ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II zählen auf dem Arbeitsmarkt zur Risikogruppe. In der Schweiz weisen Personen ohne Sek-II-Abschluss eine Erwerbslosenquote von 7 Prozent auf, solche mit einem Abschluss lediglich 4 Prozent. Von Personen mit einem Tertiärabschluss (Hochschulen, höhere Berufsbildung) sind gar nur 3 Prozent auf Arbeitssuche. Es liegt deshalb im Interesse der Wirtschaft

wie auch des Staates, dass eine möglichst hohe Abschlussquote erzielt wird. Die EDK hat das Ziel gesteckt, dass bis ins Jahr 2020 die Abschlussquote Sek II 95 Prozent erreichen soll. Der Kanton Bern befindet sich diesbezüglich bereits auf der Zielgeraden. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass die Abschlussquote im Kanton Bern wie in den übrigen Regionen in den letzten zwei Jahren gesunken ist. Der Grund für diese Entwicklung kann in Anbetracht des kurzen Zeitraums nicht abschliessend erklärt werden. Zu vermuten ist ein Zusammenhang mit der steigenden Zahl der Schulaustritte (seit dem Jahr 2000) und der Situation auf dem Lehrstellenmarkt.

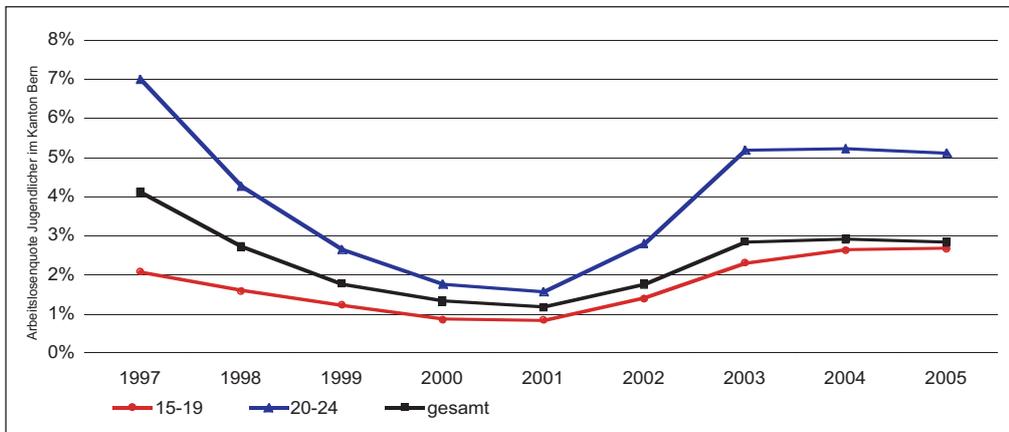
**Fazit:** Der Kanton Bern steht bezüglich Abschlussquote Sek II sehr gut da. Er darf sich allerdings nicht ausruhen, war doch die Entwicklung 2003 und 2004 rückläufig.

Quelle Statistik: BFS, Erhebung der Bildungsabschlüsse 2004 (aktuellste verfügbare Daten); Statistik der Schüler/-innen und Studierenden, Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes; OECD-Bildungsindikatoren 2006



# 4 Jugendarbeitslosigkeit

## 4.1 Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit



Die Jugendarbeitslosigkeit wird in der Schweiz von zwei verschiedenen Erhebungen erfasst: von der Arbeitslosenstatistik des seco – einer Vollerhebung aller registrierten Arbeitslosen – und von der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik – einer Stichprobenanalyse, die mit einem breiteren Begriff der Arbeitslosigkeit rechnet. Wir stützen uns hauptsächlich auf die seco-Statistik, die für den Kanton Bern die umfassendste Datenbasis darstellt. Sie erfasst die bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) registrierten Arbeitslosen und zeigt somit den harten Kern der Arbeitslosigkeit.

Als arbeitslose Jugendliche gelten arbeitslose Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Es empfiehlt sich aber, die Gruppen der 15–19-Jährigen und die Gruppe der 20–24-Jährigen getrennt zu betrachten, da sie unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

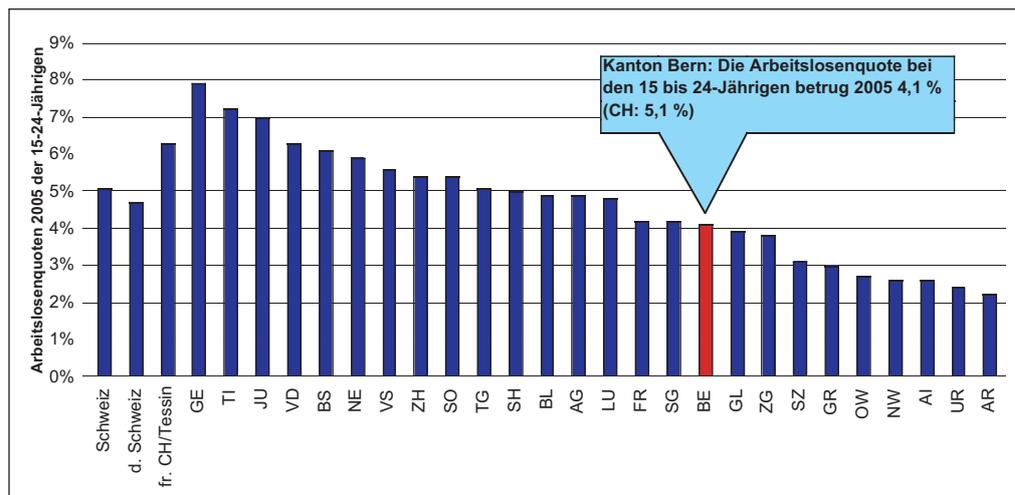
Die 15–19-Jährigen bilden die jüngste Gruppe der registrierten Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote ist in dieser Gruppe unterdurchschnittlich. Sie hat sich aber in den letzten Jahren der Gesamtarbeitslosenquote angenähert. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren liegt deutlich über dem Durchschnitt. Es fällt auf, dass die Arbeitslosenquote bei dieser Gruppe sehr stark auf konjunkturelle Veränderungen reagiert. Während Phasen der wirtschaftlichen Erholung geht sie überdurchschnittlich stark zurück und steigt während einer Rezession wieder überdurchschnittlich an.

Im Gegensatz zu den Zahlen des seco erfasst die Erwerbslosenquote nach SAKE auch Personen, die sich nicht bei einem RAV registriert haben. Im Jahr 2005 betrug die Erwerbslosenquote in der Schweiz 4.4 Prozent (Arbeitslosenquote nach seco 3.8%) und bei Jugend-

lichen 15–24-Jährigen sogar 8.8 Prozent (Arbeitslosenquote nach seco 5.1%). Die Arbeitslosenquote nach seco unterschätzt die effektive Erwerbslosigkeit. Die Unterschätzung ist bei Jugendlichen besonders stark. Dies kann auf die geringe Meldeneigung bei Jugendlichen zurückgeführt werden. Oft sind den Jugendlichen die Dienstleistungen des RAV zu wenig bekannt oder sie wollen sich den Bedingungen der RAV nicht unterwerfen. Hinzu kommt, dass einige Jugendliche in Ausbildung sind und nur im Nebenerwerb arbeiten oder sich nicht in einer finanziellen Notlage befinden, da die Kosten der Erwerbslosigkeit privat abgedeckt werden.

**Fazit:** Die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit hat im Kanton Bern zugenommen. Für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren liegt die Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt, wird aber gewichtiger. Bei den 20–24-Jährigen liegt die Arbeitslosenquote deutlich über dem kantonalen Durchschnitt.

## 4.2 Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich



Die Jugendarbeitslosigkeit weist grosse regionale Unterschiede auf. In der Westschweiz und im Tessin sind die Jugendarbeitslosenquoten höher als in der Deutschschweiz. Dies liegt an der generell höheren Arbeitslosigkeit in diesen Regionen. Wird aber der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit betrachtet, so ist dieser in der Deutschschweiz höher. Die Jugendarbeitslosigkeit ist vor allem in der Deutschschweiz in den letzten Jahren überproportional angestiegen.

Der Kanton Bern weist mit 4.1 Prozent im Jahr 2005 eine unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosenquote auf (Schweiz: 5.1%). Im Kanton Bern ist auch die Gesamtarbeitslosigkeit tiefer als im schweizerischen Durchschnitt. Wird die Jugendarbeitslosigkeit im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosigkeit dargestellt, zeigt sich ein anderes Bild. Der Kanton Bern liegt mit einem Anteil von 21.3 Prozent Jugendlicher an den Arbeitslosen über dem schweizerischen Mittel von 18.9 Prozent.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat im Vergleich mit der gesamten Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewonnen. Im Vergleich zum Jahr 1997 hat sich der Anteil der 15–19-Jährigen an der gesamten Arbeitslosigkeit im Kanton Bern fast verdoppelt. Auch bei den 20–24-Jährigen hat der Anteil zugenommen, der Zuwachs fiel aber weniger stark aus.

Jugendliche sind im Durchschnitt weniger lange arbeitslos als Erwachsene. Im Kanton Bern findet der grösste Teil der betroffenen Jugendlichen innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz. Häufig sind Jugendliche von so genannter Sucharbeitslosigkeit betroffen, die beim Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt auftritt. In den Monaten Juli und August drängen gleichzeitig viele Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, der die zusätzlichen Arbeitskräfte erst in den Folgemonaten absorbieren kann. Ein Sockel an langzeitarbeitslosen Jugendlichen bleibt aber bestehen. Im Jahr 2005 waren in der

Gruppe der arbeitslosen 15–19-Jährigen 1.8 Prozent über ein Jahr lang ohne Arbeitsstelle und galten somit als Langzeitarbeitslose, in der Gruppe der 20–24-Jährigen waren es 5.3 Prozent. Zum Vergleich: Über alle Alterskategorien lag der Wert der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bei 13.2 Prozent.

**Fazit:** Jugendarbeitslosigkeit hat, insbesondere in der Deutschschweiz, an Bedeutung gewonnen. Die Arbeitslosenquote ist bei Jugendlichen überdurchschnittlich hoch. Jugendarbeitslosigkeit ist typischerweise von kurzer Dauer und weist starke saisonale Schwankungen auf.

### 4.3 Erklärungen für die Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit entsteht in erster Linie an zwei Übergängen: Beim Übertritt von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt. Diese zwei Ausprägungen weisen unterschiedliche Merkmale und Ursachen auf und müssen deshalb differenziert betrachtet werden. Bei Jugendlichen, die vom ersten Übergang betroffen sind, sprechen wir von Ausbildungslosen.

#### Ausbildungslose Jugendliche ohne Abschluss auf Sekundarstufe II

Bei ausbildungslosen Jugendlichen, die keinen Abschluss auf Sekundarstufe II haben, ist die Meldeneigung gering. Nur ein Teil der betroffenen Jugendlichen lässt sich bei einem RAV registrieren. Die Ursachen der Ausbildungslosigkeit liegen in erster Linie bei der Lehrstellensituation. Weitere Ausführungen zum Übergang von der Schule zur Ausbildung sind im Kapitel 3 dieses Berichts vorhanden.

#### Arbeitslose Jugendliche mit Abschluss auf der Sekundarstufe II

Wir beschäftigen uns in diesem Kapitel mehr mit dem zweiten Übergang, dem Übertritt von der Ausbildung ins Erwerbsleben. Die mangelnde Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt gilt als Haupthindernis für den Einstieg ins Berufsleben. Sie wird für Arbeitsmarkteinsteiger/innen – insbesondere in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs – zum Verhängnis. Unternehmen, welche zu einem Abbau ihrer Personalbestände gezwungen sind, tun dies häufig, indem sie natürliche Abgänge nicht ersetzen. Der Einstellungsstopp betrifft somit zuerst die Jugendlichen. Jugendliche, welche das Bildungssystem verlassen, haben in Zeiten schwacher Konjunktur Mühe, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Aus diesem Grund reagiert die Jugendarbeitslosigkeit sehr empfindlich auf konjunkturelle Änderungen.

Die ersten Beschäftigungsverhältnisse gelten ausserdem als instabil. Jugendliche haben häufig befristete Arbeitsverträge, die je nach Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr verlängert werden.

Jugendliche Ausbildungsabgänger/innen weisen noch keine Berufserfahrung auf. Sie sind für Arbeitgeber teuer, da sie zuerst eingearbeitet werden müssen. Bei einem wirtschaftlichen Aufschwung sind ausgebildete Jugendliche aber auch Teil des Arbeitskräftepools, auf den Arbeitgebende vermehrt zurückgreifen können. Es wird deshalb erwartet, dass sich bei einem Auf-

schwung die Jugendarbeitslosigkeit auch überdurchschnittlich stark zurückbildet.

#### Demografische Entwicklung

Gemäss Demografieszenarien wird sich die Situation bei Jugendlichen erst zu einem späteren Zeitpunkt entspannen. In den nächsten Jahren werden vermehrt Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen. Dadurch wird das Angebot an jugendlichen Berufseinsteiger/innen noch grösser. Die Gruppe der 15–19-Jährigen wird in der Schweiz gemäss dem Demografieszenario «Trend» des BFS bis ins Jahr 2007 wachsen und erst danach abnehmen. Ab 2008 wird die Gruppe der 20–24-Jährigen für ein paar Jahre wachsen. Erst danach entspannt sich die Situation. Wie die Entwicklung dieser Altersgruppen die Situation beeinflussen wird, hängt stark von der konjunkturellen Entwicklung ab.

**Fazit:** Jugendarbeitslosigkeit entsteht an zwei kritischen Übergängen: von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt. Der zweite Übergang ist für Jugendliche aufgrund mangelnder Berufserfahrung insbesondere während wirtschaftlich schwieriger Zeiten problematisch. Die demografische Entwicklung lässt für die nächsten Jahre keine Entschärfung des Problems erwarten. Nach Lehrabschluss suchen viele Jugendliche zur gleichen Zeit eine Stelle. Dies führt zu saisonalen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt.

## 4.4 Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit zieht verschiedene Folgen nach sich. Von Jugendarbeitslosigkeit sind in erster Linie die Jugendlichen selbst betroffen, aber auch für die ganze Gesellschaft entstehen Kosten. Sowohl die fehlende Ausbildung als auch der verpasste Berufseinstieg haben Konsequenzen für die Betroffenen. Die fehlende Ausbildung vermindert die Chancen im Berufsleben und kann soziale Probleme nach sich ziehen. Ein verpasster Einstieg kann sich als Defizit erweisen, das nur noch schwer rückgängig gemacht werden kann. Ausserdem besteht die Gefahr, dass erworbenes Wissen verloren geht.

### Persönliche Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

Eine fehlende Ausbildung verkleinert die Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und kann zu Ausgrenzung führen. Je länger dieser Zustand besteht, desto schwieriger wird es, den Einstieg in die Ausbildung noch zu schaffen. Vergleichbares gilt am Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben. Langzeitarbeitslosigkeit verschlechtert die Chancen, auf einen Stellenantritt drastisch. Abgesehen vom Verlust an Wissen kommen psychische Folgen für die betroffenen Personen dazu. Arbeitslosigkeit führt zu einem Gefühl der Perspektivenlosigkeit und die Motivation, sich bei der Stellensuche zu bemühen, sinkt weiter. Durch die fehlende Erwerbstätigkeit fallen zusätzliche Funktionen der Arbeit wie Abwechslung, Freundschaften und Zusammengehörigkeit weg. Es drohen soziale Isolation und Stigmatisierung. Neben dem Gefühl der Zweitklassigkeit kommen Stressfaktoren dazu, die durch zahlreiche Abweisungen auf Bewerbungen und durch Kontakte mit Behörden zu einem Gefühl der Abhängigkeit führen.

### Gesellschaftliche Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

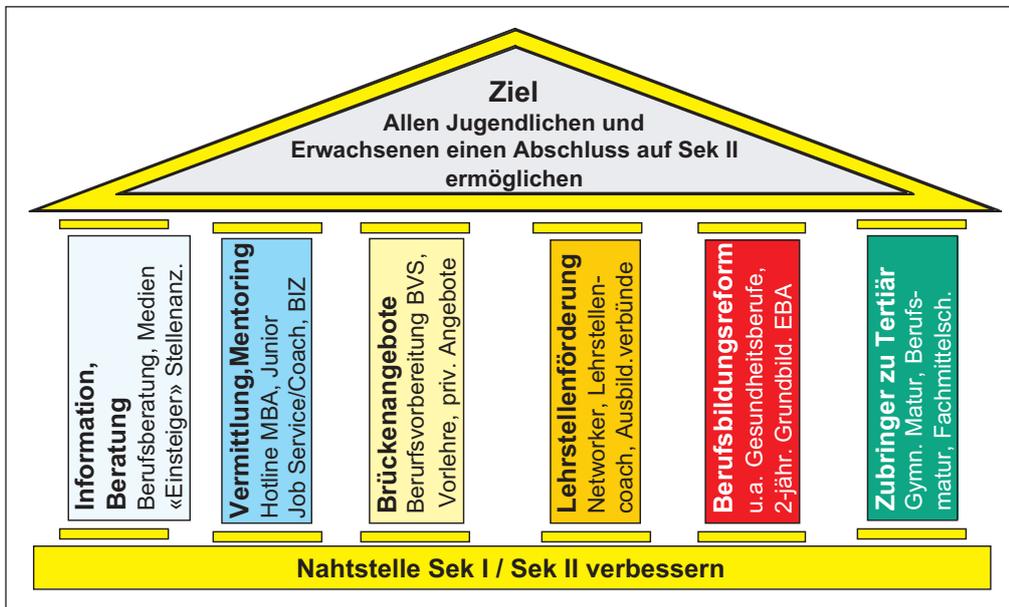
Durch Jugendarbeitslosigkeit entstehen Kosten für die Gesellschaft, die wesentlich höher sind als die Investitionen in Bildung und Weiterbildung.

Ein Teil der Kosten entsteht, weil arbeitslose Jugendliche bereits früh auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind und weil sie durch fehlende Erwerbslosigkeit nicht zur Finanzierung der Sozialwerke beitragen. Bei längerer Erwerbslosigkeit geht auch angeeignetes Wissen der Jugendlichen verloren – was zu einem kostspieligen Verlust an Humankapital führt.

Wenn Jugendliche den Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht schaffen, liegt ausserdem ein grosses Potenzial brach. Auch hier gehen der Volkswirtschaft wertvolles Humankapital sowie potenzielle Innovationskraft verloren. Die Kosten der Jugendarbeitslosigkeit entstehen also einerseits direkt, durch die Belastung der Sozialwerke, und andererseits durch die Nicht-Nutzung von Humankapital.

**Fazit:** Jugendarbeitslosigkeit zieht viele persönliche und gesellschaftliche Konsequenzen nach sich. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr schwinden die beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen. Motivationsverlust und soziale Stigmatisierung erschweren die Situation und bergen soziales Konfliktpotenzial. Der Verlust an Humankapital bringt der öffentlichen Hand zudem hohe Kosten.

# 5 Massnahmen von der Volksschule in die Berufsbildung



27

## 5.1 Bildungsziel: Abschluss auf Sek II ermöglichen

Gemäss neuem kantonalem Berufsbildungsgesetz (BerG), das vom Grossen Rat am 14. Juni 2005 einstimmig verabschiedet worden ist, soll allen Jugendlichen und Erwachsenen ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden (Art. 2). Damit folgt das Gesetz der Bildungsstrategie, welche 2004 vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen worden ist. Um dieses Ziel zu erreichen, sind sowohl in der Bildungsstrategie wie auch im Gesetz verschiedene Massnahmen aufgeführt. So unter anderem Berufsabschlüsse ausserhalb der ordentlichen Berufslehre über eine Validierung von Bildungsleistungen (Bildungsportfolios) und verkürzte Lehren, oder die qualitative Förderung der beruflichen Ausbildung im Lehrbetrieb bzw. in der Berufsfachschule und am dritten Lernort (überbetriebliche Kurse). Im vorliegenden Lehrstellenbericht werden diese Bereiche nur am Rande beleuchtet. Viel mehr wird das Schwergewicht auf die Verbesserung der Nahtstelle zwischen Sekundarstufe I (Volksschule) und Sekundarstufe II gelegt, insbesondere hinsichtlich Übergang zur Berufsbildung sowie auf verschiedene Massnahmen zur Erhöhung des Lehrstellenangebots.

## 5.2 Nahtstelle Sek I zu Sek II (Berufsbildung) verbessern

Wichtige Grundvoraussetzungen für die Bereitschaft der Lehrbetriebe zur Ausbildung von Jugendlichen sind fachliche und soziale Grundkompetenzen der Volksschüler/innen, eine gute Berufswahlvorbereitung, eine gute Abklärung von Fähigkeiten und Neigungen und eine umfassende Information über die Berufstätigkeiten und Anforderungen. Andererseits zeigt die Studie zu den Lehrvertragsauflösungen (LEVA), dass eine realistische Einschätzung der Berufsanforderungen und des Arbeitsumfeldes durch die Jugendlichen zu den zentralen Erfolgsfaktoren für eine Berufslehre gehören. Der Dialog an der Schnittstelle von der Volksschule in die Berufslehre muss daher intensiv geführt werden. Folgende Massnahmen laufen bereits konkret:

- **Berufswahlvorbereitung/Berufsberatung:** Jede Volksschule wird derzeit durch die Schulinspektorate angehalten, ihre Berufswahlkonzepte zu überarbeiten. Die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung und mit den Eltern muss darin konkret festgehalten werden. Der Berufswahlprozess muss bereits ab dem 7. Schuljahr mit ersten Standortbestimmungen einsetzen. Der Berufsberatung kommt dabei mit Informationsveranstaltungen, mit Infotheken, mit Klassengesprächen und Einzelberatungen eine zentrale Rolle zu. Verschiedene Regionen haben

Berufsinformationstage ins Leben gerufen, die Berufsfachschulen gemeinsam mit Unternehmen über Berufe informieren und die Türen zu Unternehmen öffnen. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass die Berufswahlvorbereitung dort zum Erfolg führt, wo Lehrpersonen der Volksschule eng mit der Berufsberatung und den Berufsfachschulen zusammenarbeiten und sich an klare Berufswahlkonzepte halten. Von Seiten der Lehrbetriebe wird heute oft kritisiert, dass sie von Schulen und Schüler/innen für Betriebsbesuche und Schnupperlehren relativ unstrukturiert angegangen werden.

- **«Fit für die Lehre» und «rent a stiff»:** Damit die Anforderungen in den verschiedenen Berufen gegenüber den Volksschüler/innen und deren Lehrkräfte transparent gemacht werden können, hat die Erziehungsdirektion auf August 2006 die Internetplattform «Fit für die Lehre» aufgeschaltet ([www.erz.be.ch/fit](http://www.erz.be.ch/fit)). In gegen vierzig Berufen sind die Anforderungen aufgezeigt. Für fast die Hälfte von ihnen können Einstiegstests aus der Berufsfachschule abgerufen werden. Zudem werden über die Internetplattform Botschafter/innen aus der Arbeitswelt vermittelt, welche den Volksschüler/innen im Rahmen einer Doppellektion die Arbeitswelt näher bringen und über geforderte Grundkompetenzen referieren. Die Internetplattform führt auch zu weiteren Angeboten wie «rent a stiff», eine Aktion der Berufsfachschulen, bei der die Volksschulen Lernende für den Berufswahlunterricht aufbieten können.
- **HarmoS und Standardtests in der Volksschule:** Die EDK verfolgt mit dem Projekt «HarmoS» das Ziel, Kompetenzniveaus (Standards) für das 2., 6. und 9. Schuljahr zu definieren. Ausgehend von diesen soll ein neuer Volksschullehrplan für die ganze Deutschschweiz geschaffen werden. Am 21. April 2004 hat der Grosse Rat des Kantons Bern den Regierungsrat überdies beauftragt, Treffpunkte für das 2., 6., 8. und 9. Schuljahr zu schaffen und diese mit Standardtests zu überprüfen (Motion Guggisberg). Dieser Auftrag soll in grösstmöglicher Übereinstimmung mit dem Projekt «HarmoS» umgesetzt werden. Auf freiwilliger Basis werden die ersten Volksschulen im laufenden Schuljahr bereits solche Standardtests einsetzen.

**Fazit:** Die getroffenen Massnahmen werden einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Nahtstelle Volksschule/Sekundarstufe II (insbesondere Berufsbildung) leisten. Aus Sicht der Lehrbetriebe und der Berufsfachschulen besteht bei den verschiedenen Berufswahlkonzepten Koordinationsbedarf, damit Lehrbetriebe und Berufsfachschulen gezielter in den Prozess eingebunden werden können.

## 5.3 Kommunikation, Information

- **Informationsvermittlung und Beratung:** Die Berufsberatung hat eine breite, gut ausgebaute Informationspalette über alle Bereiche der Berufsbildung und bietet differenzierte Beratungsangebote für Jugendliche im Berufswahlalter und deren Eltern. Sie ist über die Informationsplattform [www.berufsberatung.ch](http://www.berufsberatung.ch) schweizweit optimal vernetzt. Bedingt durch die zahlreichen Reformen (25 neue Berufe pro Jahr) ist es entscheidend, dass der Informationsfluss zwischen Berufsbildung und Berufsberatung funktioniert. Doppelspurigkeiten zu den Behörden in der Berufsbildung (Mittelschul- und Berufsbildungsamt) sollten vermieden werden. Nur so kann die Berufsberatung ihren Informationsauftrag effizient und mit hoher Qualität wahrnehmen.
- **«Einsteiger»:** Gemeinsam mit der Espace Media Gruppe haben das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie die Berufsberatung eine Informationsplattform im Stellenmarkt (Bund, BZ, Thuner Tagblatt, Berner Oberländer) vom Mittwoch (letzte Seite) und im Internet ([www.espace.ch/einsteiger](http://www.espace.ch/einsteiger)) aufgebaut. Dort wird Grundwissen über die Ausbildung auf der Sekundarstufe II (Berufsbildung und Allgemeinbildung) und über die Höhere Berufsbildung (u.a. Höhere Fachschulen) sowie die Weiterbildung vermittelt. Weiter werden «best-practise»-Beispiele von Unternehmen porträtiert, welche in der Berufsbildung besonders aktiv sind. Mit dem «Einsteigerprofil» beinhaltet das Servicepaket auch eine interaktive Lehrstellenbörse. Jugendliche können gratis ihr gesamtes Bewerbungsprofil hinterlegen. Umgekehrt können die Betriebe ihre offenen Lehrstellen gratis publizieren. Diese Dienstleistungen sind in der Schweiz einzigartig und erzielen einen hohen Beachtungsgrad bei Schulen, Schüler/innen, Eltern und Lehrbetrieben.
- **Aktive Kommunikationsarbeit:** Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt leistet gemeinsam mit der Berufsberatung eine aktive Kommunikationsarbeit. Sei dies mit verschiedenen Beiträgen in der Tagespresse, mit dem Berufsbildungsbrief, der dreimal pro Jahr an alle Lehrbetriebe verschickt wird oder mit der Berufswahlzeitung für Oberstufenschüler/innen ([berufswahl-info](http://berufswahl-info)) und dem Informationsbulletin für Oberstufenlehrkräfte (BIZ-Blitz), die je zweimal jährlich an alle Oberstufen im Kanton verschickt werden.

**Fazit:** Die Informationstätigkeit ist im Kanton Bern – auch im Quervergleich zu anderen Kantonen – sehr gut ausgebaut. Die Dichte hat einen Grad erreicht, der kaum weiter gesteigert

werden kann, da die Gefahr einer Übersättigung besteht. Aufgrund der grossen Reformen in der Bildungslandschaft der Sekundarstufe II und der Höheren Berufsbildung wie auch der grossen Bedeutung der Berufsberatung für den Berufswahlprozess gibt es viele Schnittstellen zum Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Es wäre zu prüfen, ob eine Angliederung der Berufsberatung an das MBA nicht zu einer besseren Nutzung von Synergien beitragen könnte.

## 5.4 Vermittlung, Mentoring

- **Projekt Realisierungshilfe der Berufsberatung:** Die Berufsberatung hat flächendeckend im Kanton Bern einen Vermittlungs- und Begleitdienst für Jugendliche beim Eintritt in die Berufsbildung geschaffen. Das Projekt, das vom BBT mitfinanziert wird, besteht aus drei Bereichen:

- Früherfassung von Jugendlichen mit Anschlussproblemen in der Volksschule und die Vereinbarung von verbindlichen Zielen mit Lehrkräften und Eltern;
- aktive Vermittlung der Jugendlichen in Lehrstellen oder geeignete Brückenangebote über den Junior Job Service;
- Begleitung von Jugendlichen über ein ehrenamtliches Mentoring bei der Lehrstellensuche und in den ersten Lehrjahren (Junior Coach).

Die Projektplattform ist offen für lokale Initiativen von Gemeinden, Kirchgemeinden, Service-Clubs u.a. Zielgruppe des Projekts sind primär Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen im Berufswahlprozess. Dazu gehören vor allem Realschüler/innen, Jugendliche aus sozial schwierigem Umfeld, Kleinklässler/innen und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Wie in den vorherigen Kapiteln aufgezeigt gehören sie zu den besonderen Risikogruppen, für welche der Einstieg in eine Berufslehre erschwert ist. Nach dem flächendeckenden Aufstart soll die Dienstleistung ab 2008 in das Aufgabenportfolio der Berufsberatung überführt und damit auch voll über diesen Kanal finanziert werden. 2005 wurden 331 Jugendliche im Junior Job Service vermittelt. Zudem sind gut hundert Junior Coaches aktiv in der Begleitung von Jugendlichen tätig.

- **Hotline:** Im Frühjahr/Sommer wird im Mittelschul- und Berufsbildungsamt regelmässig eine Hotline aufgeschaltet, bei der sich Jugendliche ohne Anschlusslösung melden können. Sie werden mit Informationsmaterial versehen oder an geeignete Projekte und die Berufsberatung weitervermittelt.
- **inizio:** Das Projekt «inizio» bietet Jugendlichen aus der Stadt Bern, die trotz positiver

Grundhaltung aufgrund ihrer schulischen Leistung oder aus anderen Gründen keinen Ausbildungsplatz auf der Sekundarstufe II finden, individuelle Unterstützung und Förderung, damit sie eine zweijährige Grundbildung mit Berufsattest erfolgreich abschliessen und sich in die Berufs- und Arbeitswelt integrieren können. «inizio» akquiriert und motiviert Unternehmen für die zweijährige Grundbildung und begleitet Lehrbetriebe und Lernende während der Ausbildung. Das Projekt soll erwirken, dass Jugendliche vermehrt ohne Zwischenlösung in die Berufsbildung einsteigen können. Das Projekt wird durch das Kompetenzzentrum Arbeit KA der Stadt Bern getragen und durch das BBT und die Stadt Bern im Aufbau finanziert. In einer ersten Betriebsphase ist eine finanzielle Unterstützung von beco und MBA geplant. Ziel ist es, 2007 30 Lernende und 2008 60 Lernende vermitteln zu können.

- **ALP Grauholz:** Die Aktion «Lehrstellen und Praktikumsplätze ALP Grauholz» ist auf Initiative des pensionierten kantonalen Berufsbildungsfachmanns Franz Kaufmann zurückzuführen. Mit grossem Einsatz werden in der Region Bern-Mittelland Ausbildungsplätze akquiriert und stellensuchende Jugendliche vermittelt. Im laufenden Jahr haben sich über hundert Jugendliche gemeldet, fast die Hälfte konnte erfolgreich vermittelt werden. Für 27 arbeitslose Jugendliche wurden kurzfristig noch im August Ausbildungsplätze gefunden. 50 Prozent der Kosten werden vom BBT, vom beco und vom MBA gedeckt. Der Rest muss über Sponsorengelder beschafft werden.
- **LIFT:** Das «Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft» NSW/RSE rund um Prof. Dr. Mario von Cranach will in einem dreijährigen Projekt Methoden entwickeln, wie den 5 bis 15 Prozent der Jugendlichen mit erschwerten Startbedingungen (schulisch Schwache, ungünstiges soziales Umfeld, Migrationshintergrund) eine berufliche Grundbildung und damit bessere Startbedingungen in die Arbeitswelt ermöglicht werden könnte. In das Projekt sollen Volksschulen, Berufsfachschulen und OdAs eng eingebunden werden. Das BBT wie auch verschiedene Kantone unterstützen das Projekt.
- **Private Initiativen:** In verschiedenen Städten und Kirchgemeinden wurden Initiativen zur Begleitung und Betreuung von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche gestartet. Auch diverse Privatpersonen haben sich beim MBA mit Projektideen gemeldet.

**Fazit:** Die Vermittlung bzw. das Mentoring von Jugendlichen mit erschwerten Startbedingungen hat einen wichtigen Stellenwert. Insbesondere geht es darum, bei den Unternehmen Ver-

ständnis und Vertrauen zu schaffen für die Jugendlichen und bei Misslingen die Jugendlichen weiter zu begleiten. So kann das Risiko für die Unternehmen minimiert werden. Diese Aufgabe ist allerdings aufwändig und kostenintensiv, wie die aufgeführten Projekte zeigen. Eine verstärkte Koordination unter den Projekten wie zwischen den verschiedenen kantonalen Behörden (MBA, Berufsberatung, beco mit den RAV, Sozialamt, IV-Stellen) ist unabdingbar, damit gemeinsames Know-how genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

## 5.5 Brückenangebote

Die Brückenangebote sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für einen erfolgreichen Einstieg von Jugendlichen mit erschwerten Startbedingungen in eine berufliche Grundbildung. Der Kanton Bern hat ein gut ausgebautes Brückenangebot, welches in Kap. 3.5 umschrieben ist. Die Beteiligung ist im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch, ein Viertel der 9. Klässler/innen besucht ein staatliches oder privates Brückenangebot. Wenn immer möglich soll vermieden werden, dass Jugendliche in Angebote der Arbeitslosenversicherung ausweichen müssen. Deshalb wurde mit dem neuen BerG auf das Schuljahr 2006 hin die Gebühr für die Vorlehre (bisher Fr. 600.– pro Jahr) aufgehoben.

Zusätzlich zum bisherigen Brückenangebot wurde an der BFF ein Projekt bewilligt:

- **Aufstarten:** Das Projekt «Aufstarten» richtet sich spezifisch an Abgängerinnen und Abgänger von Kleinklassen. Diese schaffen den direkten Einstieg selbst in eine Attestausbildung kaum. Sie sind meistens auch in den regulären Programmen der gängigen Brückenangebote überfordert. In diesem speziellen Programm werden sie individuell begleitet (Portfolio mit individueller Planung von Praktika, Arbeitseinsätzen, Schulunterricht usw.). Die praktischen Einsätze betragen mehr als 50 Prozent der gesamten Einsatzzeit.

**Fazit:** Berufsvorbereitende Schuljahre und Vorlehren sind wichtige Pfeiler für einen erfolgreichen Einstieg in die Berufsbildung. Sie werden insbesondere für Risikogruppen ihre Bedeutung behalten – auch bei einem Schülerrückgang. Es muss kritisch überprüft werden, ob die Brückenangebote genügend auf die veränderten Zielgruppen ausgerichtet sind (z.B. förderorientierter Unterricht) und ob der Anteil an beruflicher Praxis den Vorgaben entspricht (der Bund subventioniert lediglich Brückenangebote mit einem Anteil von mehr als 50 Prozent beruflicher Praxis).

## 5.6 Lehrstellenförderung

Die konkrete Lehrstellenförderung mit Direktkontakten hat sich über all die Jahre als effizienteste Massnahme für die Akquirierung von neuen Lehrstellen erwiesen («Klinkenputzer»). Die Lehrpersonen der Berufsfachschulen, Fachleute der Berufsberatung im Junior Job Service, die Ausbildungsberater/innen im MBA sowie die Fachpersonen Lehraufsicht sind diesbezüglich sehr aktiv. In den vergangenen Jahren wurden zusätzliche, gezielte Aktivitäten aufgebaut:

- **Networker:** Im deutschsprachigen Kantonsteil wurden vier, im Berner Jura ein Networker für die Akquisition eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Chefetagen – CEOs, Personalverantwortliche, Ausbildungsverantwortliche – von Unternehmen gezielt anzusprechen und für die Schaffung von Lehrstellen zu sensibilisieren.
- **Lehrstellencoach:** Häufig ist eine grundsätzliche Offenheit und Bereitschaft da, aber es fehlen genaue Kenntnisse über die Berufsbildung, damit abgeschätzt werden kann, wo es die Möglichkeit für die Schaffung von zusätzlichen Lehr- oder Vorlehrstellen gibt. Dazu wird seit Frühjahr 2006 ein Lehrstellencoach eingesetzt, der die Betriebe gezielt berät, mit ihnen eine Kurzanalyse macht und Empfehlungen abgibt, ohne sie in ihrer Entscheidungsfreiheit zu beeinträchtigen. Der Lehrstellencoach ist eine eigentliche zweite Stufe, nach der Türöffnung durch die Networker.
- **Speranza:** Nationalrat Otto Ineichen hat schweizweit eine Kampagne gestartet zur Motivation von Unternehmen für Lehrstellen in der 2-jährigen Grundbildung mit Attest und für Praktikumsstellen für Zwischenlösungen. Er geht davon aus, dass Jugendliche den Einstieg in die Berufsbildung erfolgreicher meistern, wenn sie nach der Volksschule möglichst rasch Arbeitswelterfahrung sammeln können. Das MBA arbeitet mit Speranza zusammen.

Nebst der eigentlichen Lehrstellenförderung wird immer wieder die Bildung von Ausbildungsverbänden propagiert. Hier übernimmt in der Regel ein Leitbetrieb die Hauptverantwortung für die Ausbildung in einem Beruf. Verschiedene Ausbildungssequenzen werden aber in einem oder mehreren Partnerbetrieben absolviert. Im Kanton Bern gibt es einige Unternehmen, welche solche Ausbildungsverbände auf privater Basis betreiben (z.B. Ammann, Langenthal; wifag, Bern; Login Ausbildungszentrum, Bümpliz; Bict, Thun), oft kombiniert mit einem Basislehrjahr. Daneben gibt es etliche KMUs, welche auf eigene Initiative im kleinen Stil Verbände geschlossen haben. Staatlich geförderte Ausbildungsverbände, die erfolgreich Lehrstellen

geschaffen haben, gibt es in der Schweiz bisher nur wenige. Das MBA hat ein Projekt gestartet:

- **Ausbildungsverbund KV:** In Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Kaufmännische Grundbildung Bern (IGKG) wurde ein Projekt gestartet, Ausbildungsverbünde im KV aufzubauen. Allerdings hat sich das Projekt aus verschiedenen Gründen verzögert. Konkret sind jetzt Ausbildungsverbünde mit den Ausgleichskassen geplant.

**Fazit:** Bezüglich Lehrstellenförderung/Akquisition sind in den letzten Jahren im Kanton Bern viele Aktivitäten in Gang gesetzt worden. Bei den Unternehmen ist eine gewisse Sättigung festzustellen. Dienstleistungsunternehmen und ausländische Firmen werden im Zeichen der Globalisierung stärker Fuss fassen. Diese Unternehmen haben häufig keine Ausbildungstradition in der dualen Berufsbildung. Sie müssen deshalb verstärkt bearbeitet werden. Zudem ist die Offensive für Lehrstellen in der zweijährigen Grundbildung mit Berufsattest weiterzuführen.

## 5.7 Berufsbildungsreformen

Wie in vorherigen Kapiteln ausgeführt, bieten die Berufsbildungsreformen Chancen, aber auch Risiken in Bezug auf die Ausbildungsberbereitschaft der Unternehmen und den Einstieg von Jugendlichen in die Berufsbildung. Dabei ist zu betonen, dass der Kanton nur beschränkten Einfluss auf die Ausgestaltung der Reformen in den einzelnen Berufen hat. Vielmehr sind es die Berufsorganisationen, welche die Inhalte und die Ausbildungsprozesse massgebend gestalten. Die Genehmigung erfolgt schliesslich für jeden einzelnen Beruf im Rahmen von Bildungsverordnungen durch das BBT. Die Lehren aus der KV-Reform haben dazu geführt, dass das BBT nun routinemässig bei allen neuen Verordnungen Konsistenzprüfungen durchführt.

Mit folgenden Projekten werden im Kanton Bern über Bildungsreformen aktiv Lehrstellen geschaffen:

- **Fachangestellte Gesundheit:** Gemeinsam mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und mit der OdA Gesundheit wurde in den letzten vier Jahren der neue Beruf «Fachangestellte/r Gesundheit» erfolgreich eingeführt. 2006 konnten im Kanton Bern wieder um 300 neue Lehrstellen geschaffen werden. Die Promotion geht weiter.
- **Fachstelle 2-jährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest (EBA):** Wie in vorherigen Kapiteln (insbesondere 3.4) dargelegt, werden bis 2008 in über zwanzig Berufen neue zweijährige Grundbildungen mit Berufsattest für schulisch schwächere, praktisch

begabte Jugendliche eingeführt. Dies ist für viele OdAs und für die Unternehmen eine grosse Herausforderung, ist doch das Berufsprofil noch weitgehend unbekannt. Auch sind gewisse Vorurteile abzubauen. Der Kanton Bern versuchte hier bereits in einer frühen Phase, noch vor Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes, mit Pilotprojekten Pionierarbeit zu leisten (Finanzierung über den Lehrstellenbeschluss 2). Für die Phase der Umsetzung wurde eine spezielle Fachstelle geschaffen, welche die Promotion für die 2-jährige Grundbildung vorantreibt.

- **Anerkennung und Validierung von Bildungsleistungen («Validation des aquis»):** Das neue Berufsbildungsgesetz des Bundes sieht zur Erlangung eines anerkannten Abschlusses verschiedene Qualifikationsverfahren vor. Die Zulassung zu einem Qualifikationsverfahren ist nicht vom Besuch entsprechender Bildungsgänge abhängig. Neu sollen im Berufsleben, in der Freiwilligen- oder in der Familienarbeit erworbene Kompetenzen anerkannt und angerechnet werden können (Validation des aquis), sofern sie berufsrelevant sind. In verschiedenen Kantonen, vor allem in der Westschweiz, werden bereits Verfahren durchgeführt, um für nicht formal erworbene Kompetenzen die entsprechenden Abschlüsse zu erlangen. Solche Verfahren umfassen mehrere Phasen eines Gesamtprozesses, der von verschiedenen Fachpersonen begleitet und beurteilt wird. Im Kanton Bern soll möglichst rasch ein Verfahren zur Anerkennung und Validierung aufgebaut, erprobt und evaluiert werden. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden in mindestens zwei Berufen erfolgen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt sollen für eine breite Implementierung standardisierter Validierungsverfahren genutzt werden. Dabei soll mit anderen Kantonen kooperiert werden.

**Fazit:** Berufsbildungsreformen sind vor dem Hintergrund der Akzeptanz in der Arbeitswelt kritisch zu überprüfen und in enger Zusammenarbeit mit den OdAs umzusetzen (Verbundpartnerschaft). Die neuen Möglichkeiten der alternativen Qualifikationsverfahren (Validation des aquis) sind zu nutzen und zielstrebig auszubauen. Sie ermöglichen Erwachsenen mit einem verspäteten Einstieg und insbesondere auch Migrant/innen eine Nachqualifikation ihrer nicht formal erworbenen Bildungsleistungen und damit eine bessere Position auf dem Arbeitsmarkt.

## 5.8 Zubringer zu tertiären Bildungsangeboten

Der Zugang zur Universität ist über die gymnasiale Maturität oder über die Berufsmaturität mit Passerelle und Eignungsprüfung sichergestellt. Für die Fachhochschulen gilt der freie Zugang über die Berufsmaturität im betreffenden Berufsfeld oder über Berufsmaturität, gymnasiale Maturität und FMS-Ausweis mit entsprechenden Praktikas. Derzeit prüft die Erziehungsdirektion gemeinsam mit der Fachhochschule, wie diese Praktikas institutionalisiert werden könnten, damit die Attraktivität zum Einstieg an eine Fachhochschule erhöht werden kann.

Mit der Aufnahme der Gesundheitsberufe in die allgemeine Bildungssystematik wurde auch deren Zugang vereinheitlicht. Es wird eine grosse Herausforderung sein, dass über die Fachmittelschulen, über die Berufsbildungsabschlüsse in Gesundheitsberufen und über die Gymnasien genügend Studierende für die Höheren Fachschulen für Pflege und für die medizinisch-technischen bzw. medizinisch-therapeutischen Berufe wie auch für die Fachhochschulen gewonnen werden können, damit der Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen wahrgenommen werden kann. Kurzfristig werden deshalb im Kanton Bern für 2006 und 2007 zusätzlich drei Klassen Fachmittelschule geführt (primär als Zugang zu den Gesundheits- und Sozialberufen).

**Fazit:** Tertiäre Bildungsangebote sind für eine prosperierende Wirtschaft ein wichtiger Erfolgsfaktor. Mit geeigneten Promotionsmassnahmen ist sicherzustellen, dass genügend Absolvent/innen mit Sekundarstufen-II-Abschlüssen die Zugangsbedingungen erfüllen.

## 5.9 Weitere Massnahmen – Berufsbildungsfonds

Im neuen kantonalen Berufsbildungsgesetz, das auf den 1.1.2006 in Kraft gesetzt worden ist, wurde die Grundlage geschaffen, um Innovationsprojekte zur Entwicklung der Berufsbildung oder zur Schaffung von Lehrstellen gezielt zu fördern. Im Budget der Produktgruppe Berufsbildung wurden jährlich eine Million Franken für solche Projekte eingestellt. Die oben aufgeführten Projekte werden oder wurden weitgehend über diesen Kredit unterstützt. Damit hat der Gesetzgeber den kantonalen Berufsbildungsfonds abgelöst, der mit dem «alten» kantonalen Berufsbildungsgesetz von 1998 aufgehoben worden war (bzw. innerhalb einer vierjährigen Übergangsfrist).

Die Jungsozialist/innen haben im Frühjahr 2006 eine Petition an den Regierungsrat einge-

reicht, in welcher die Schaffung eines Berufsbildungsfonds zur Förderung von Massnahmen gegen die Lehrstellenknappheit und die Jugendarbeitslosigkeit gefordert wird. In der Septembersession hat Grossrätin Corinne Schärer (Grüne) eine Motion eingereicht, welche ebenfalls die Errichtung eines Berufsbildungsfonds fordert, um die administrativen Ausbildungskosten der Betriebe zu übernehmen.

Auf Bundesebene wurde im neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetz die Möglichkeit geschaffen, dass Branchenfonds der Organisationen der Arbeitswelt allgemeinverbindlich erklärt werden können. Solche Fonds werden primär dazu verwendet, Berufsbildungsaktivitäten der OdAs, überbetriebliche Kurse und Lehrabschlussprüfungen finanziell zu unterstützen. Das BBT und die EDK haben die Empfehlung an die Kantone erlassen, auf kantonale Fonds zu verzichten, damit nicht Doppelspurigkeiten in der Förderung sowie Doppelfinanzierungen entstehen. In der Deutschschweiz hat bisher kein Kanton einen kantonalen Berufsbildungsfonds geschaffen. Vorstösse in verschiedenen Kantonen wurden abgelehnt. In der Westschweiz dagegen verfügt praktisch jeder Kanton über einen Berufsbildungsfonds oder führt diesen neu ein (z.B. Waadt und Jura mit den neuen kantonalen Berufsbildungsgesetzen).

**Fazit:** Es wird am Regierungsrat des Kantons Bern liegen, über die Vorstösse betreffend Berufsbildungsfonds einen politischen Entscheid zu fällen. Grundsätzlich darf gesagt werden, dass die meisten Aktivitäten, die mit einem Berufsbildungsfonds angestrebt werden, bereits auf der heutigen Gesetzesgrundlage und über das Budget der Produktgruppe Berufsbildung gefördert werden können. Der Umfang der Massnahmen richtet sich primär nach den verfügbaren finanziellen Mitteln.

## 5.10 Koordination der Massnahmen

Die verschiedenen Massnahmen zeigen, dass ein hoher Koordinationsbedarf besteht. Die Koordination ist dabei in zweifacher Hinsicht sicherzustellen:

- Zwischen den Lehrbetrieben, den OdAs, den Berufsfachschulen, den kantonalen Berufsbildungsbehörden und der Berufsberatung. Hier geht es vor allem um die Weiterentwicklung der Berufsbildung, um eine hohe Bildungsqualität und um einen möglichst wirkungsvollen und effizienten Vollzug. Gemäss Berufsbildungsgesetz (BerG) berät der **Berufsbildungsrat** die Erziehungsdirektion in allen wichtigen strategischen Fragen der Berufsbildung, Weiterbildung und Berufsberatung. Er kann Anträge stellen und

muss Projektbeiträge zur Berufsbildungsentwicklung und zur Lehrstellenförderung von über Fr. 100'000.– beurteilen. Da im Berufsbildungsrat alle Verbundpartner der Berufsbildung und auch die Weiterbildung und die Berufsberatung vertreten sind, kommt ihm koordinierende Funktion zu.

- Das zweite Koordinationsfeld konzentriert sich auf Massnahmen für Risikogruppen, für die 10 bis 15 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen, welche keinen direkten Einstieg in die Berufsbildung schaffen. Hier ist vor allem eine enge Zusammenarbeit auf Ebene der Behörden gefordert, mit den Hauptakteuren Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Berufsberatung, beco (mit den RAVs), Sozialamt, IV, städtische Schul- und Sozialbehörden. Im Kanton Bern wurde dazu die **Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)** ins Leben gerufen, welche die aufgeführten Akteure in einer Steuergruppe (auf Ebene der Amtsvorsteher) und in einer Koordinationsgruppe (Ebene Sachbearbeitung) vereinigt. Bis anhin ist die IIZ lediglich auf Verwaltungsebene abgestützt, ohne Auftrag durch den Regierungsrat. Auch werden die Städte nicht einbezogen.

**Fazit:** Während der Berufsbildungsrat vom Gesetzgeber mit Koordinationsaufgaben betraut ist, fehlt eine gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Koordination von Angeboten für Risikogruppen. Hier müsste ebenfalls ein klarer Auftrag zumindest von Seiten des Regierungsrates erfolgen. Überdies sind die grossen Städte in die Koordination mit einzubeziehen.



# 6 Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

## 6.1 Von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt (Übergang II)

Folgende Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren sich auf die Schnittstelle zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt. Spezifische Nachteile und Defizite Jugendlicher, die den Berufseinstieg schaffen wollen, müssen gezielt angegangen werden. Das primäre Ziel für stellensuchende Jugendliche mit einem Bildungsabschluss auf der Sekundarstufe II besteht darin, Berufserfahrung zu gewinnen und nach Möglichkeit den Einstieg in ein längerfristiges Arbeitsverhältnis zu schaffen.

### Berufspraktika für Lehr- und Studienabgänger/innen

Lehr- und Studienabgänger/innen können erste Berufserfahrungen in einem berufsorientierten Praktikum in einem Unternehmen oder der öffentlichen Verwaltung sammeln. Dadurch werden die Chancen eines Stellenantritts erhöht. Das Praktikum dauert höchstens sechs Monate und muss jederzeit zu Gunsten einer zumutbaren Arbeitsstelle beendet werden können. Durch Berufspraktika kann gezielt einem typischen Defizit bei Jugendlichen, der fehlenden Berufserfahrung, entgegengewirkt werden.

### Übungsfirmen

In eine ähnliche Richtung wie Berufspraktika zielen die Übungsfirmen. Sie bieten praxisnahe Arbeiten, die es betroffenen Personen ermöglichen, Erfahrungslücken zu schliessen.

### Einarbeitungszuschüsse

Einarbeitungszuschüsse werden an Arbeitgeber gerichtet, um einen Teil der Kosten zu übernehmen, die entstehen, wenn Personen unüblich lange eingearbeitet werden müssen. Dies kann der Fall sein, wenn arbeitslose Personen eine spezifische Einarbeitung in ein Sachgebiet benötigen, um das vom Arbeitgeber erwartete Leistungsniveau zu erreichen. Diese Massnahme zielt auf die Behebung eines Nachteils jugendlicher Arbeitsuchender ab. Als Einsteiger müssen sie zuerst eingearbeitet werden, sie

kosten als ausgebildete Personen den Arbeitgeber aber bereits viel. Ziel dieser Massnahme ist es, den Einstieg in eine konkrete Arbeitsstelle zu erleichtern.

### Informationsanlässe

Informationsanlässe geben Ausbildungsabgänger/innen oder Personen in der Ausbildung die Möglichkeit, Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen. Der Informationsfluss zwischen den direkt betroffenen Akteuren wird an der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Berufseinstieg gestärkt. Jugendliche können einen Einblick in die Tätigkeiten der Unternehmen gewinnen und Unternehmen können mit potenziellen Mitarbeitenden erste Kontakte knüpfen. Frühzeitige Kontaktmöglichkeiten helfen dabei, den Übergang Ausbildung-Berufstätigkeit zu erleichtern.

2006 wurde das erste Mal der «Sprungbrett-Event» durchgeführt. Studierende aus Bern und Solothurn von 15 verschiedenen Fachhochschulen, Universitäten und Hochschulen haben sich mit Unternehmen aus der Region zu einem Informationsanlass mit Workshops getroffen. Ziel war es, Kontakte zwischen Studierenden und regional verankerten Unternehmen herzustellen. Nach positiven Rückmeldungen wird der Sprungbrett-Event 2007 wieder durchgeführt.

**Fazit:** Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen sich auf den Übergang von der Ausbildung zum Berufsleben konzentrieren. Einerseits zielen die Massnahmen darauf, spezifische Nachteile und Defizite der Jugendlichen zu eliminieren. Andererseits sollen sie den Informationsfluss und die Interaktion zwischen den betroffenen Akteuren stärken.

## 6.2 Massnahmen für besonders Betroffene

Einige Jugendliche weisen Defizite auf, die besonders grosse Hürden für den Berufseinstieg bedeuten. Als besondere individuelle Risikofaktoren gelten ein tiefes Bildungsniveau, aber auch Nationalität, Geschlecht und Familienverhältnisse. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Erwerbslosenquoten waren 2005 nach SAKE bei jugendlichen Ausländerinnen und Ausländern von mehr als 2,5 mal so hoch wie diejenigen von jungen Schweizerinnen und Schweizern. Der Trend zu Dienstleistungsberufen führt zu immer höheren schulischen und sprachlichen Anforderungen. Jugendliche mit diesbezüglichen Defiziten haben es daher besonders schwer. Zudem reicht oft bereits der Hinweis auf eine ausländische Herkunft, um eine Bewerbung abzulehnen.

Spezifische Massnahmen sollen speziell den Risikogruppen beim Übergang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

### Organisatorische Verbesserungen

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) muss gestärkt werden. In der Schweiz befassen sich drei Sozialsysteme (ALV, IV und Sozialhilfe) sowie die öffentliche Berufsberatung mit der Eingliederung von Erwerbslosen. Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit unter den Institutionen zu verbessern, wurde die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) eingeführt. Ohne eine gut funktionierende Zusammenarbeit entstehen kostspielige Doppelspurigkeiten und es besteht das Risiko, dass die Früherkennung nicht funktioniert und somit die Wirksamkeit der Massnahmen nicht beobachtet werden kann.

Durch stärkere Verankerung der IIZ und durch den Einbezug weiterer Kreise können Massnahmen besser abgestimmt werden und sind somit wirksamer.

### Beschäftigungsprojekte

Im Auftrag der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) führen Gemeinden Beschäftigungsprojekte durch, welche es sozialhilfeberechtigten Erwerbslosen ermöglichen, ihre Chancen für die berufliche Integration zu verbessern. Die Teilnehmenden werden in Schlüsselqualifikationen gefördert und können allfällige persönliche Defizite aufarbeiten. Das primäre Ziel ist es, den Einstieg in eine Ausbildung oder in die Arbeitswelt zu unterstützen. Die Teilnahme dauert in der Regel sechs Monate, kann aber in

begründeten Situationen auf maximal zwölf Monate verlängert werden.

### Ausdehnung der Angebote im «Plan B»

Der «Plan B» ist eine Übersicht zu verschiedenen Angeboten, die den individuellen Berufseinstieg erleichtern sollen. Durch die Erweiterung der Angebote, beispielsweise im Bereich der Migration und der Sozialhilfe, soll ein stärkerer Fokus auf Risikogruppen gelegt werden. Die Öffnung der Angebote für den individuellen Berufseinstieg nach Schule, Lehre und Studium für stark betroffene Gruppen ermöglicht es, die Massnahmen dort einzusetzen, wo sie am stärksten gebraucht werden.

### Spezielle Nachqualifikationsangebote

Die Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF) bietet eine einjährige Vorlehre für junge Erwachsene, welche keine berufliche Grundbildung absolviert haben, an. An der gewerblich-industriellen Berufsfachschule Thun (GIB Thun) wird ein Jahreskurs für die gleiche Zielgruppe mit dem Titel «Erwachsene auf dem Weg zum Berufsabschluss» geführt. Ziel beider Angebote ist es, die jungen Erwachsenen in eine duale Ausbildung zu führen.

**Fazit:** Massnahmen müssen auf die Eigenschaften der am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Gruppen abgestimmt werden. Durch die verbesserte Zusammenarbeit der involvierten Institutionen können Kosten gesenkt und die Wirksamkeit erhöht werden.

# 7 Situation und Massnahmen im französischsprachigen Kantonsteil

Die Situation im französischsprachigen Kantonsteil entspricht im Grossen und Ganzen derjenigen im übrigen Kanton. Die Situation im Berner Jura, wo die Zahl der Lehrlinge um rund 5 Prozent zugenommen hat, ist unproblematischer als in grösseren Agglomerationen. Gewisse Ähnlichkeiten bestehen darin, dass Schülerinnen und Schüler mit guten Schulnoten grundsätzlich rasch eine Lösung für ihre weitere Ausbildung finden. Bei einigen Ausbildungen sind die Anforderungen bezüglich der beruflichen Kenntnisse gestiegen, wodurch sie für Schülerinnen und Schüler mit schwächeren schulischen Leistungen noch schwieriger zugänglich geworden sind.

Manchmal ist bei den Lehrstellen ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage festzustellen. Kaufmännische Berufe sind beispielsweise immer sehr beliebt, während in den Bereichen Bau, Lebensmittelberufe und Gewerbe viele Stellen nicht besetzt werden können. Vollzeitschulen, wie z.B. die technischen Berufsfachschulen bzw. Lehrwerkstätten (starke Nachfrage bei den Informatiker-, Automatik- und Mechanikerberufen), die Handelsschulen und das Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe, stossen auf grosses Interesse. Nach einer entsprechenden Sensibilisierungskampagne sind Vorlehren in diesem Jahr sehr gefragt. Diese Vorlehren ermöglichen es jungen Schulabgängerinnen und Schulabgängern, sich innerhalb eines Jahres direkt mit der Praxis auseinanderzusetzen und die verlangten schulischen Kenntnisse zu ergänzen, um danach eine Berufslehre beginnen zu können.

Folgende Aktionen zur Lehrstellenförderung und zur Lehrstellensuche wurden und werden in diesem Jahr durchgeführt:

- Über 800 persönlich adressierte Briefe wurden an die Ausbildungsbetriebe im französischsprachigen Kantonsteil verschickt, um ihnen die Vorlehren näher zu bringen.
- Im Mai/Juni erschienen im Journal du Jura drei Artikel sowie nützliche Informationen für die Lehrstellensuche.
- Die Berufsbildungsmesse, die alle zwei Jahre abwechselungsweise im Berner Jura und im Kanton Jura durchgeführt wird, fand im vergangenen März statt. Diese Messe erlaubt es den Schülerinnen und Schülern des 8. und 9. Schuljahres, sich eine praktische Vorstellung der verschiedenen Berufe zu machen. Fast 12'000 Besucher und 3200

Schülerinnen und Schüler aus den beiden Kantonen haben die Messe besucht.

- Die Wirtschaftskammer Berner Jura und die Erziehungsdirektion organisieren gemeinsam eine Konferenz, an der verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Berufsbildung behandelt werden. Die Wirtschaftskammer verleiht in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion auch Preise für die besten Lehrbetriebe sowie für die besten Lehrabschlüsse.
- Eine Arbeitsgruppe «Koordination Volksschule – Berufsbildung», die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitswelt, der Volksschule sowie der Berufsbildung umfasst, untersucht die im Berner Jura bestehenden Probleme im Zusammenhang mit dem Übergang von der Volksschule in die Welt der Berufsbildung.
- In Biel-Bienne findet zurzeit ein Projekt zur Lehrstellenförderung statt. Es geht dabei darum, die Zahl der Lehrstellen für Französischsprachige zu erhöhen. Im Berner Jura hat ein Lehrstellenförderer den Auftrag, bei Betrieben, die noch keine Lehrlinge ausbilden, neue Lehrstellen zu finden.
- Ein Lehrstellen-Informationsdienst (SIPA) erhebt und veröffentlicht die in der Region verfügbaren Lehrstellen.
- Die Berufsberatungsangebote Junior Job Service und Junior Job Coaching begleiten Jugendliche, die am Ende der Volksschule noch keine Lösung gefunden haben. Auf diese Weise konnten mehrere Plätze für Vorlehren, für ein 10. Schuljahr oder für ein Motivationssemester gefunden werden.

Das Ziel besteht darin, dass möglichst kein Jugendlicher, der nach einer Lösung sucht, auf sich selbst gestellt sein soll. Dank Informationen, geeigneter Infrastrukturen und angemessener Betreuung sollen die künftigen Lehrlinge integriert werden können. In vielen Fällen sind ausserdem Übergangslösungen (Vorlehre, Berufswahljahr) geeignet, um bestehende Lücken zu schliessen und so den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern.



# 8 Priorisierung der Massnahmen aus Sicht der Verwaltung

Der Kanton Bern weist im Vergleich zu anderen Grossregionen der Schweiz die höchste Ausbildungsquote auf der Sekundarstufe II aus. Dazu leisten die Lehrbetriebe einen wesentlichen Beitrag. Die Zahl der Jugendlichen in der 9. Klasse, welche jeweils per 1. Juni keine Anschlusslösung hatten, war in den letzten Jahren trotz Anstieg der Schülerzahlen mehr oder weniger konstant. Auch die Zahl der Jugendlichen in Brückenangeboten stieg nur wenig an. Im August ist jeweils noch eine beträchtliche Anzahl von Lehrstellen unbesetzt. Somit darf der Schluss gezogen werden, dass der Lehrstellenmarkt im Kanton Bern zwar unter Druck ist, dass aber insgesamt Jugendliche mit mittleren bis guten schulischen Leistungen und einer hohen Motivation eine Lehrstelle finden.

Anders sieht es für Jugendliche mit schwachen bis sehr schwachen Schulleistungen, mit ungenügender Motivation, mit schlechten sozialen Voraussetzungen und fremdländischer Herkunft aus. Sie hatten es in den letzten Jahren zunehmend schwerer, eine Lehrstelle zu finden. In dieser Situation sind schätzungsweise 5 bis 15 Prozent der Volksschulabgänger/innen. Konnten solche Jugendliche früher auf dem Arbeitsmarkt noch Stellen finden, so wird es für sie in der heutigen, globalisierten Wirtschaft zunehmend eng. Arbeitsplätze mit geringerem Anforderungsprofil werden abgebaut oder wegen der ausländischen Konkurrenz ins Ausland verlagert. Generell steigen zudem die Anforderungen in der Berufsausbildung aufgrund der technischen Entwicklung sowie der zunehmenden Konkurrenz und Kundenorientierung.

Ein zweites Aktionsfeld zeigt sich beim Übergang von der Sekundarstufe II bzw. von der Tertiärstufe in die Arbeitswelt. Ein Ausbildungsabschluss auf der Sekundarstufe II erhöht zwar die Chance auf eine Beschäftigung – der Einstieg in die Arbeitswelt erweist sich aber als besondere Herausforderung. Auch hier gelten ähnliche Schlussfolgerungen wie beim Einstieg in die Berufsbildung. Demnach sind Jugendliche mit schwächeren Leistungen und Motivationsproblemen stärker gefährdet.

Gemäss Regierungsrichtlinien hat sich der Regierungsrat zum Ziel gesetzt, die Bildungsqualität im Kanton Bern zu erhalten und zu steigern und die Jugendarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Allen Jugendlichen und Erwachsenen soll ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden. Eine Ausbildungsquote von

95 Prozent scheint dabei realistisch. Eine höhere Ausbildungsquote wäre fast nur mit vermehrten staatlichen Vollzeitausbildungen mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen zu erreichen, wie Beispiele aus dem Kanton Tessin und dem Kanton Jura zeigen. Dabei ist nicht garantiert, dass dadurch eine positive Wirkung auf die Beschäftigung erzielt wird. Jedenfalls können solche Schlüsse aufgrund der Daten auf dem Arbeitsmarkt nicht gezogen werden.

Somit müssten die künftigen Aktivitäten nebst der Weiterführung von bisher erfolgreichen Massnahmen vor allem in folgenden Bereichen intensiviert werden:

## Übergang I: von der Volksschule in die Berufsbildung

- **Verlässliche Standards in der Volksschule:** Das Projekt Bildungsstandards/Standardtests ist für die Berufsbildung zentral. Es ermöglicht eine grössere Homogenität in der Leistung und eine bessere Einschätzung bei der Auswahl. Die OdAs und Berufsfachschulen sind bei der Ausgestaltung der Standards und Lehrpläne der Volksschule mit einzubeziehen.

**Verantwortung:** AKVB (MBA, Berufsfachschulen, OdA)

**Finanzielle Konsequenzen:** keine

- **Koordination der Berufswahl:** Den Berufswahlkonzepten der Volksschule kommt hinsichtlich der Berufswahlvorbereitung und der Prävention von Lehrvertragsauflösungen zentrale Bedeutung zu. Ein guter Einbezug der Arbeitswelt (Berufsinformationstage, Schnupperlehren) und der Berufsfachschulen ist dabei ebenfalls sehr wichtig. In den Berufswahlkonzepten der Volksschule sollte daher die Zusammenarbeit mit den OdAs und den Berufsfachschulen besonders berücksichtigt werden. Zudem sind gefährdete Jugendliche (Risikogruppen) frühzeitig zu identifizieren und durch ein Junior Coaching der Berufsberatung zu unterstützen.

**Verantwortung:** AKVB (AKVB/Berufsberatung, OdA)

**Finanzielle Konsequenzen:** Im Moment nicht bezifferbar (abhängig von der Nachfrage im Programm Junior Coaching).

- **Optimierung der Brückenangebote:** Brückenangebote werden inskünftig vor allem für die Risikogruppen gebraucht (schulisch schwache Leistungen, schwieriges soziales Umfeld, Motivationsprobleme, Migrationshintergrund). Eine starke Verankerung in der beruflichen Praxis ist wichtig, damit die geforderten Kompetenzen früh angeeignet werden können. Die Brückenangebote (Berufsvorbereitende Schuljahre und Vorlehren) sind daher besser aufeinander abzustimmen, stärker auf die Zielgruppen zu fokussieren und besser mit den Angeboten der Arbeitslosenversicherung und Sozialdiensten zu koordinieren. Im Hinblick auf das Ziel, ein Eintritt in eine berufliche Grundbildung, ist einer guten Verankerung in der beruflichen Praxis Rechnung zu tragen.  
**Verantwortung:** MBA (Berufsfachschulen, Berufsbildungsrat)  
**Finanzielle Konsequenzen:** zirka Fr. 400'000.– für Projektbeiträge
- **Förderung von Lehrstellen im niederschweligen Bereich:** Jugendliche aus Risikogruppen sind in drei- und vierjährigen Berufslehren oft überfordert. Die Anstrengungen zur Schaffung von Lehrstellen in 2-jährigen Grundbildungen mit Berufsattest EBA sind zu erhöhen. Damit die Bedürfnisse der Risikogruppen abgedeckt werden könnten, müssten längerfristig für bis zu 15 Prozent der 9. Klässler/innen EBA-Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden können (d.h. zirka 1500 Lehrstellen pro Jahr; eine Verfünffachung gegenüber heute). So könnten vermehrt 9. Klässler/innen direkt in die Berufsbildung einsteigen, ohne ein Brückenangebot zu absolvieren. Kurzfristig müssten die EBA-Lehrstellen zumindest verdoppelt werden, damit der Kanton Bern schweizweit zur Spitzengruppe unter den Kantonen gehört. Dies erfordert eine bessere Begleitung der Lehrbetriebe mit allfälligen Rückfallszenarien bei Scheitern des Lehrverhältnisses (Risikoabsicherung für Lehrbetrieb). Im weiteren ist zu prüfen, ob in bestimmten Berufsfeldern niederschwellige Vollzeitangebote an den Lehrwerkstätten geschaffen werden sollen. Der Kanton Basel-Stadt könnte bei der Promotion als Vorbild dienen. Mit einer gemeinsamen Aktion des Kantonalen Gewerbeverbandes und der Erziehungsdirektion wurde in der Förderung von zweijährigen EBA-Lehrstellen ein grosser Erfolg erzielt.

Da die 2-jährige Grundbildung EBA noch im Aufbau begriffen ist, muss durch das MBA in geeigneter Weise evaluiert werden, ob die Absolvent/innen tatsächlich den Einstieg in die Arbeitswelt oder in weiterführende Ausbildungen schaffen. Die langfristige Nachhal-

tigkeit dieser neuen Ausbildungsgänge sollte sichergestellt werden.

**Verantwortung:** MBA mit Fachstelle 2-jährige Grundbildung EBA und Lehrstellen-coach (Berner KMU, Speranza, OdAs, inizio)

**Finanzielle Konsequenzen:** nicht bezifferbar. Wenn es aber gelingt, vermehrt Jugendliche in EBA-Lehrstellen statt in Brückenangebote oder Motivationssemester zu vermitteln, so kann eine solche Massnahme mehr oder weniger haushaltneutral erfolgen.

- **Verringerung der Drop-out-Quote bei Lehrverträgen:** Gemeinsam mit den OdAs der hauptbetroffenen Branchen ist zu prüfen, wie die Auflösungsquote verringert werden kann (u.a. besondere Qualitätsmassnahmen in Betrieben mit hohen Auflösungsquoten; Verbesserung der Selektion). Gemeinsam mit den Berufsfachschulen, OdAs, Berufsberatung und Ausbildungsberatung ist ein Konzept zu erstellen, wie die Früherkennung und die Beratung/Betreuung von Jugendlichen und Lehrbetrieben in gefährdeten Lehrverhältnissen verbessert werden kann. Zudem ist die Beratung/Begleitung hin zu Anschlusslösungen sicherzustellen.  
**Verantwortung:** MBA (Berufsfachschulen, OdA, Berufsberatung, Ausbildungsberatung)  
**Finanzielle Konsequenzen:** zum grossen Teil interner Aufwand; externe Projektleitung nach Aufwand
- **Validierung von Bildungsleistungen:** Das Projekt «Validierung von Bildungsleistungen» (Validation des acquis) zur Erreichung von beruflichen Qualifikationen (Berufsabschlüsse) ist so voranzutreiben, dass 2007 in mindestens zwei Berufen standardmässige Validierungsverfahren bestehen. Diese Verfahren sollen dazu dienen, auch in anderen Berufen solche Abschlüsse zu forcieren. Das Projekt ist mit den anderen Kantonen und mit den OdAs in den entsprechenden Berufen zu koordinieren (keine Doppelspurigkeiten). In der Promotion und im Verfahren ist sicherzustellen, dass primär Erwachsene ohne Sek-II-Abschluss angesprochen und gefördert werden.  
**Verantwortung:** MBA (Berufsbildungsrat, OdAs)  
**Finanzielle Konsequenzen:** noch nicht bezifferbar; ist Bestandteil des Vorprojektes, das bis Ende Jahr abgeschlossen wird

## Übergang II: von der Berufsbildung in den Arbeitsmarkt

- **Sicherstellung Übergang in den Arbeitsmarkt:** Berufslehrabgänger/innen und

Studienabgänger/innen haben in gewissen Branchen Mühe, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Für sie sind spezielle Programme nötig wie Praktikumsplätze, EAZ-Aktivitäten, Informationsanlässe (wie «Sprungbrett», Tagung für Studienabgänger Uni/FHS mit Herkunft Kanton Bern, welche mit 10 bis 15 Firmen in gezielten Kontakt kommen). Solche Aktivitäten müssten in allen Regionen initialisiert werden.

**Verantwortung:** beco (Berufsfachschulen, BFH, Uni)

**Finanzielle Konsequenzen:** nicht bezifferbar; Kooperation mit Wirtschaft müsste gesucht werden

- **Verstärkte Koordination zwischen den Akteuren:** Die verschiedenen Akteure der Berufsbildung, Berufsberatung, RAVs, Sozialhilfe, IV müssen ihre Massnahmen wirkungsvoller miteinander koordinieren. Ein Case-Management muss geprüft werden. Dazu ist die Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ auszubauen und durch einen Auftrag des Regierungsrates abzustützen. Die Städte sind einzubeziehen.

**Verantwortung:** VOL

**Finanzielle Konsequenzen:** nicht bezifferbar; je nach Massnahmen

### **Massnahmen für besonders Betroffene**

- **Öffnung von «Plan B»:** Der «Plan B» soll auch für Angebote im Migrationsbereich und in der Sozialhilfe geöffnet werden. Diese Anbieter sollten besser vernetzt und das Angebot noch transparenter gemacht werden.

**Verantwortung:** VOL

**Finanzielle Konsequenzen:** über laufendes Budget VOL

### **Evaluation der getroffenen Massnahmen**

- **Evaluation der Einzelmassnahmen:** Sämtliche aufgeführten Massnahmen müssen im Rahmen von Projekten konkretisiert und durch die verantwortlichen Stellen vorangetrieben werden. Im Rahmen dieser Projekte wird auch das Fortschrittscontrolling und die Überprüfung der Zielerreichung und Wirkung festgelegt.

**Verantwortung:** jeweilige verantwortliche Stelle für Einzelmassnahme

- **Evaluation Entwicklung Lehrstellen und Jugendarbeitslosigkeit generell:** Für Herbst 2008 soll ein 2. Lehrstellenbericht erstellt werden, in dem die Situation in der

Berufsbildung und bei der Jugendarbeitslosigkeit – insbesondere seit 2006 – aufgezeigt wird. Dabei soll nach Möglichkeit die Wirkung der getroffenen Einzelmassnahmen aufgezeigt werden. Der Bericht soll an einer 2. Lehrstellenkonferenz am Donnerstag, 20. November 2008, diskutiert werden.

**Verantwortung:** ERZ (MBA) und VOL (beco)



# Anhang

## Angaben zur Berufsbildung Kanton Bern

Aktive Lehrbetriebe	13'000
Lehrverträge total 2005 (Zahl 2006 erst Ende Jahr vorliegend) • davon in kantonalen Lehrwerkstätten/Vollzeitausbildungen	25'640 1300
Neue Lehrverträge 2006 (Schätzung auf Basis Ende Aug; in Klammer Vorjahr)	8800 (8580)
Lehrabschlussprüfungen 2005 (LAP; 2006 erst Ende Jahr vorliegend)	8426
Ausgestellte Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse 2005 (EFZ)	7699
LAP-Erfolgsquote 2005 (in Klammer Vorjahr)	91,4% (90,8%)
Ausbildungsplätze in Handelsmittelschulen	1200
Berufsmaturitätsabschlüsse	1508
Berufsmaturitätsquote 2005 (in Klammer Vorjahr)	13,8% (13,0%)
Zum Vergleich: Gymnasiale Maturitätsquote 2005 (in Klammer Vorjahr)	17,2% (17,6%)
Kantonale Brückenangebote: • Berufsvorbereitende Schuljahre 2006 (in Klammer Vorjahr) • Vorlehren 2006 (in Klammer Vorjahr, inkl. Praktikantinnenschule)	2245 (2186) 456 (433)
Hitliste der zehn meistgewählten Berufe 2006 (Lehrverhältnisse) • Kauffrau/Kaufmann • Detailhandel (Angestellte, Assistenten, Fachleute) • Polymechanikerin/Polymechaniker • Elektromonteurin/Elektromonteur • Köchin/Koch • Informatikerin/Informatiker • Schreinerin/Schreiner • Automechanikerin/Automechaniker • Gärtnerin/Gärtner • Coiffeuse/Coiffeur	4180 1425 1079 1008 974 827 784 696 685 537
Finanzielle Aufwendungen Kanton für Berufsbildung 2005 (Nettoaufwand nach Abzug der Bundessubventionen von 58 Mio. Fr.; noch ohne Gesundheitswesen) • davon kantonale Brückenangebote (Berufsvorbereitung) • davon Berufliche Grundbildung • davon Höhere Berufsbildung • davon Weiterbildung (inkl. Förderung Erwachsenenbildung)	288,6 Mio. Fr.  43,7 Mio. Fr. 219,9 Mio. Fr. 17,8 Mio. Fr. 7,2 Mio. Fr.
Zum Vergleich: Finanzielle Aufwendungen Gymnasien und FMS 2005 (im Gegensatz zur Berufsbildung keine Bundessubventionen) • davon Gymnasien • davon Fachmittelschulen	138,6 Mio. Fr.  132,5 Mio. Fr. 6,1 Mio. Fr.

## Angaben zum Arbeitsmarkt im Kanton Bern

Einwohnerinnen und Einwohner	990'000
Erwerbstätige Personen 2005 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anteil im ersten Sektor</li> <li>• Anteil im zweiten Sektor</li> <li>• Anteil im dritten Sektor</li> </ul>	550'000 5,7% 22,4% 71,3%
Erwerbsquote 2000 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erwerbsquote Frauen</li> <li>• Erwerbsquote Männer</li> </ul>	80,8% 72,3% 89,2%
Anzahl Unternehmen 2001 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anteil Mikrounternehmen (1–9 VZÄ Mitarbeitende)</li> <li>• Anteil Kleinunternehmen (10–49 VZÄ Mitarbeitende)</li> <li>• Anteil Mittelunternehmen (50–249 VZÄ Mitarbeitende)</li> <li>• Anteil Grossunternehmen (ab 250 VZÄ Mitarbeitende)</li> </ul>	38'000 86,4% 11,1% 2,1% 0,4%
Stellensuchende 2005	21'813
Arbeitslose 2005 (seco) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendliche (15–24)</li> </ul>	14'810 3161
Arbeitslosenquote 2005 (seco) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendliche (15–24)</li> </ul>	2,8% 4,1%
Anzahl Erwerbstätige in ausgewählten Branchen im Kanton Bern 2005 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlicher Sektor (inkl. Gesundheits- und Sozialwesen und Unterrichtswesen)</li> <li>• Handel, Garagengewerbe, Reparatur</li> <li>• Investitionsgüterindustrie (ohne Uhren)</li> <li>• Baugewerbe</li> <li>• Gastgewerbe</li> <li>• Land- und Forstwirtschaft, Jagd</li> <li>• Sonstige öff. und pers. Dienstleistungen</li> <li>• Verkehr</li> <li>• Nachrichtenübermittlung</li> <li>• Finanzsektor</li> </ul>	145'127 76'724 41'360 35'965 33'641 31'912 23'634 21'361 18'130 17'444

## Glossar

AKVB	Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung
AVAM	Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
beco	Berner Wirtschaft (Amt der Volkswirtschaftsdirektion)
BFS	Bundesamt für Statistik
BiEv	Abteilung Bildungsplanung und Evaluation, ERZ Kt. Bern
BVS	Berufsvorbereitende Schuljahre (Brückenangebot bzw. Zwischenlösung)
EBA	Eidgenössisches Berufsattest (zweijährige berufliche Grundbildungen)
EDK	Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (drei- und vierjährige berufliche Grundbildungen)
ERZ	Erziehungsdirektion des Kantons Bern
GEF	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
IIZ	Interinstitutionelle Zusammenarbeit
MBA	Mittelschul- und Berufsbildungsamt der ERZ
OdA	Organisationen der Arbeitswelt (dazu gehören die Sozialpartner der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber insbesondere auch die Berufs- und Branchenorganisationen, welche Bildungsaufträge wahrnehmen)
RAV	Regionale Arbeitsvermittlungsstelle
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
seco	Staatssekretariat für Wirtschaft
VOL	Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
ZBSL	Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

## Wichtige Quellenangaben und Studien

- Bundesamt für Statistik, BFS; diverse Bildungsindikatoren zur Berufsbildung und zu den Mittelschulen
- Lehrvertragsauflösungen, ihre Ursachen und Konsequenzen; Ergebnisse aus dem Projekt LEVA; Barbara E. Stalder, Evi Schmid; Juni 2006; Bildungsplanung und Evaluation, ERZ 1/06
- An der zweiten Schwelle; junge Menschen im Übergang zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt; Ergebnisbericht des Jugendlängsschnitts Tree, Stand 2004; Thomas Meyer, Bern; November 2005
- Wege in die nachobligatorische Ausbildung: Der Kanton Bern im Vergleich zur restlichen Deutschschweiz; Ergebnisse des Jugendlängsschnitts Tree; M. Dellenbach, S. Hupka, B. E. Stalder; Bildungsplanung und Evaluation, ERZ, August 2004
- Umfrage zur Situation der Schulaustretenden, Stichtag jeweils 1. Juni, ZBSL 2006 und Vorjahre
- Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz; Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen, Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs; Bundesamt für Migration im Auftrag des Departementsvorstehers EJPD; Juli 2006
- Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz – Erklärungen und Massnahmen zu deren Bekämpfung; Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Bern; Februar 2005
- Jugendarbeitslosigkeit – Analyse und Massnahmen zur Bekämpfung; Markus Weber, Staatssekretariat für Wirtschaft (seco); in: Die Volkswirtschaft, 12/2005; Bern; 2005